

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: P. Umbreit,
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal Mk. 2,50.

Inhalt:

	Seite		Seite
Die römische Kirche und die christlichen Gewerkschaften. IV (Schluß)	409	Kongresse. Achter Verbandstag der Transportarbeiter	419
Statistk. Volkswirtschaft. Der Märzstreik der Ruhrbergeleute in zehnstatistischer Beleuchtung	412	Lohnbewegungen und Streiks. Englands zweiter Transportarbeiterstreik	420
Wirtschaftliche Rundschau	414	Mitteilungen. Für die Verbandsexpeditionen. — Unterstützungsbewegung	424
Arbeiterbewegung. Gewerkschaftliche Rückblicke. XII. — Zum Schnapsbohloft. — Aus den deutschen Gewerkschaften	415	Hierzu: Statistische Beilage Nr. 6: Die Arbeiterssekretariate im Deutschen Reich im Jahre 1911.	

Die römische Kirche und die christlichen Gewerkschaften.

IV. (Schluß.)

Am 19. Juni veröffentlichten die „Köln. Volkszeitung“ und die „Germania“ ein Telegramm des Münchener Nuntius Frühwirt, das folgende Kundgebung des Papstes zur Gewerkschaftsfrage enthielt: „Da die verdrießliche und schädliche Polemik der Arbeiterorganisationen in Deutschland fortbauert, ist es der lebhafteste Wunsch des Hl. Vaters, daß beide Teile jede Erörterung, insbesondere in der Presse einstellen und es dem Hl. Stuhle überlassen, diese wichtige Frage im Einverständnis mit den Bischöfen zu prüfen und dann angemessene Verhaltensmaßregeln zu geben. Der Hl. Vater hegt das vollste Vertrauen in die Ergebenheit der Söhne der Kirche in Deutschland, daß sie diesem seinem Wunsche nachkommen.“

Mit dieser letzten Kundgebung hat sich der Hl. Stuhl in Rom auch formell das Entscheidungsrecht über das Sein oder Nichtsein der interkonfessionell-christlichen Gewerkschaften gesichert. Das Organ der katholischen Fachabteiler ist natürlich mit dieser zweifellos beabsichtigten Wendung der Dinge durchaus einverstanden und erklärt, den Befehlen des Hl. Vaters freudigst nachkommen zu wollen. Das Centralblatt der christlichen Gewerkschaften meint zwar, daß die letzteren nach allen Richtungen freie Hand hätten, will sich aber trotzdem einer freiwilligen Zurückhaltung befleißigen, um eine Erledigung des Streits im katholischen Lager zu erleichtern, und erwartet auch von den evangelischen Mitgliedern volles Verständnis für dieses Verhalten. Das Blatt verzeichnet mit gewisser Genugtuung die Mitteilung, daß der Gewerkschaftsstreit gemeinsam mit den deutschen Bischöfen behandelt werden soll und erkennt diese als die richtige Instanz an, eine den deutschen Ver-

hältnissen Rechnung tragende Lösung zu finden, mit der auch die christlichen Gewerkschaften zufrieden sein könnten. Das klingt sehr resigniert von denjenigen Kreisen, die einst den Bischöfen ein „Hände weg“ und „Bis hierher und nicht weiter“ zuriefen. Aber man hat anscheinend in Köln und M.-Gladbach einsehen gelernt, daß eine oberkirchliche Entscheidung nicht länger mehr hinauszuschieben ist, und so fügt man sich, wenn auch mit gewissen Vorbehalten, die wegen der evangelischen Mitläuferschaft nicht zu vermeiden sind.

Der Streit der römischen Kurie gegen die christlichen Gewerkschaften ist sicherlich nicht lediglich ein häuslicher Krieg im klerikalen Lager. Wäre er nur das, so ginge uns die ganze Aufregung dort drüben herzlich wenig an. Es ist auch nicht bloß ein Streit um die erfolgreichere oder wirkungslosere Bekämpfung der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften, wie ein Teil der bürgerlichen Zuschauer glaubenmachen will, obgleich sich die Gewerkschaftschristen sicherlich zu dieser Aufgabe für besonders berufen wähnen und mit solchen Hoffnungen Freunde für sich zu erwerben suchen. Der Kampf dreht sich vielmehr letzten Endes um das Gewerkschaftsrecht der katholischen Arbeiterschaft, das ihnen der Klerus streitig zu machen sucht, weil er fürchtet, die gewerkschaftliche Betätigung werde die katholischen Arbeiter auf die Bahn des Klassenkampfes drängen und sie der Kirche entfremden. Das Recht, sich auf wirtschaftlichem Boden mit ihren Klassengenossen zu vereinigen, ihre Berufs- und Klasseninteressen gegen den wirtschaftlichen Gegner durchzusetzen, dieses Recht sollen die katholischen Arbeiter nicht haben, obwohl keine Kirche und kein Geistlicher den katholischen Arbeitgebern verbietet, Arbeitgeberverbänden, Innungen, Syndikaten, Kartellen und Aktiengesellschaften anzugehören. Den Arbeiter erklärt die Kirche für minderem Rechts, angeblich, weil er der Gefahr der sozialen Verführung ganz anders ausgesetzt sei als der von Natur aus mehr konservative Handwerker, Bauer oder Fabrikant, in Wirklichkeit, weil auf der willenlosen Unterwerfung der großen Masse des niederen Volkes sich der größte Teil der Macht und Herrschaft der Kirche aufbaut. Diese Grund-

lage würde schwinden, wenn die katholische Arbeiterschaft durch Gewerkschaften in die modernen Klassenkämpfe hineingezogen würde. Die Kirche stellt sich aus gleichen Gründen, wie der Klassenstaat, der seine Herrschaft durch die moderne Arbeiterbewegung bedroht fühlt, dem Koalitionsrecht feindlich gegenüber. Was sie dafür der Arbeiterschaft an Organisation bietet, ist nichts anderes als ein lächerliches Surrogat, das seine Hilflosigkeit in seinem zehnjährigen Bestehen eklatant bestätigt hat und das in den modernen Klassenkämpfen bald zerrieben sein würde.

In diesem Kampf um das Koalitionsrecht sind die Interessen der gesamten Arbeiterschaft selbstverständlich auf Seiten ihrer Klassengenossen und mit aller Schärfe ist der Versuch des katholischen Klerus, der Arbeiterschaft vorzuschreiben, keine wirtschaftlichen Organisationen, die nicht der Kirche unterstehen, anzugehören, zurückzuweisen. Das Koalitionsrecht auch der christlichen Arbeiter muß frei sein von allen Eingriffen der Geistlichkeit, und so wenig sich die Kirche um die Arbeitgeberorganisationen kümmert, so wenig gehen sie die Gewerkschaften der Arbeiter an. Das auszusprechen erachten wir für unsere Pflicht auch gegenüber denjenigen Massen der Arbeiterschaft, die in ihren religiösen Anschauungen auf dem Boden einer der christlichen Konfessionen stehen.

Damit ist indes keineswegs gesagt, daß wir die christlichen Gewerkschaften als geeignete Vertretung wirtschaftlicher Arbeiterinteressen gegenüber den Arbeitgebern anerkennen. Wir sind im Gegenteil fest davon überzeugt, daß die wenigen Hunderttausende christlicher Arbeiter, die heute diesen interkonfessionellen Gewerkschaften angehören, ihr Koalitionsrecht viel besser und wirkungsvoller in den freien Gewerkschaften wahrnehmen würden, die christliche Arbeiter in weit größerer Zahl umfassen. Denn die freien Gewerkschaften sind wirklich frei und unabhängig gegenüber der Kirche; ihnen vermag keine Entscheidung der Bischöfe und kein päpstliches Mißtrauensvotum oder Nachwort zu schaden. Sie vertreten die Interessen der Mitglieder ohne Rücksicht auf das Wohlwollen der Geistlichkeit in Lalar oder Soutane vom reinen Arbeiterstandpunkte aus. Die christlichen Gewerkschaften dagegen tragen selbst den größten Teil der Schuld an dem Eingreifen der Kirche in ihre Angelegenheiten, weil sie fortgesetzt wirtschaftliche mit religiösen Fragen vermengen und dadurch in das Interessengebiet der Kirche hineingeraten. Wer die Arbeiter nicht lediglich als Klassengenossen gegenüber dem Kapital, sondern auch als Religionsgenossen gegenüber andersdenkenden Arbeitern organisieren will, wer ständig behauptet, daß die christliche Arbeiterschaft aus religiösen Gründen in besonderen Gewerkschaften vereinigt sein müsse, der kommt damit der Kirche ins Gehege und darf sich nicht beklagen, als Höriger der Geistlichkeit behandelt zu werden. Wer dagegen ernstlich den Grundsatz vertritt, daß die Kirche sich um Gewerkschaftsdinge nicht zu kümmern habe, der kann seinen Glaubensgenossen ehrlicherweise nur raten, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen, weil sie dort vor kirchlicher Beunruhigung am meisten sicher sind. Die wirksamste Abwehr der Anmaßungen der katholischen Geistlichkeit wäre also die Stärkung der freien Gewerkschaften. Das empfinden auch sicherlich viele Tausende christlicher Gewerkschaftsmitglieder, die sich noch einen Rest von Gerechtigkeits- und

Klassengefühl bewahrt haben und diese werden den Weg zu den freien Gewerkschaften auch zu finden wissen.

Auch die christliche Gewerkschaftsleitung weiß sehr gut, daß der Kampf der römischen Kirche gegen das Koalitionsrecht der katholischen Arbeiterschaft nur zu sehr geeignet ist, die christliche Arbeiterschaft den freien Gewerkschaften und schließlich sogar der Sozialdemokratie in die Arme zu treiben. Sie versucht sich daher den Anschein zu geben, als ob sie auch dem Klerus gegenüber energisch für das bedrängte Gewerkschaftsrecht einträte. Ihre Verwahrungen, Proteste und Resolutionen sind auf einen ziemlich kampfeslustigen Ton gestimmt. Der Grundton aller ihrer Erklärungen aber bleibt die Klage, daß andere als christlich-interkonfessionelle Gewerkschaften außerstande seien, einen festen Schutzdamm gegen die Sozialdemokratie zu bilden. Ihre Abwehr gilt also keineswegs dem Koalitionsrecht der Mitglieder gegen das Unternehmertum, sondern gegen die Sozialdemokratie. Es ist aber gar kein Zweifel daran, daß die päpstliche Mißbilligung, wie auch die Enzyklika 1891, auf die sie sich stützt, gerade das Koalitions- und Streikrecht der Arbeiter gegenüber dem Unternehmertum in Frage stellen. In dieser Hinsicht geht also die christlich-interkonfessionelle Abwehr völlig an der der Aktion des Klerus vorbei, bedeutet sie einen Schlag in die Luft. Und zudem, was würde sie erreichen, wenn der Papst und die Bischöfe die aufgeworfene Frage jetzt nicht zur Entscheidung bringen? Einen Aufschub von einigen Jahren, ein weiteres Hangen und Wanken in schwebender Pein, einen ganz unerträglichen Zustand der Abhängigkeit von der Kirche, der jede entschiedene Vertretung der Arbeiterinteressen hindert, weil von dem „Wohlerhalten“ der christlichen Gewerkschaften abhängt, wie lange sie noch geduldet werden. In diesem Interregnum von Duldung und Herrschsucht werden die interkonfessionellen Gewerkschaften immer tiefer abwärts gleiten auf der Bahn des Verrats der Arbeiterinteressen, deren erste Etappe ihr Verhalten im Ruhrkohlenarbeiterstreik bildete. Auch dort wurde ihr Streikbruch mit der Furcht vor folgenschweren oberkirchlichen Entscheidungen in Verbindung gebracht. Sie werden von den Gewerkschaften den Inhalt preisgeben und sich an die Form und den Namen der Gewerkschaften klammern, um damit einen Teil ihrer Werbekraft zu behaupten, während sie sich im Wesen von den katholischen Fachabteilungen, die den Uebergang zu den Gelben bilden, kaum noch unterscheiden. Und solche Gewerkschaften, die ihre Klassengenossen verraten und ihre Mitglieder zum Streikbruch kommandieren, die Polizei und Militär auf ehrliche kämpfende Arbeiter heben, die wird man in Rom noch einige Jahre tolerieren, bis der letzte Evangelische sich von selbst verzogen hat und damit die Interkonfessionalität faktisch ihr Ende erreicht hat. Um also geduldet zu werden, müssen die christlichen Gewerkschaften aufhören, Gewerkschaften zu sein; die Anerkennung des Koalitionsrechts der christlichen Arbeiter seitens der römischen Kirche ist nur durch schmachlichen Verrat des Koalitionsrechts zu erlangen.

Wollten die christlichen Gewerkschaften jetzt nach den unerhörten Angriffen der römischen Kurie ernstlich den Kampf für ihr Koalitionsrecht führen, so müßten sie sich zunächst auf rein gewerkschaftlichen Boden stellen, müßten Gewerkschaften ohne Vorbehalt sein und mit den freien Gewerkschaften Schul-

ter an Schulter für die Interessen der Arbeiterklasse kämpfen. Sie mühten ihre Entwicklung seit 1906, seit dem Breslauer Gewerkschaftskongreß, seitdem ihr Wuhlen um die Gunst der staatlichen und kirchlichen Behörden, ihr widerliches Spiel mit der nationalen Phrase, ihre Streikbrecherei aus Selbständigkeits- und Anerkennungsfucht begann, zurückrevidieren — alles dies hat ihnen bei der Kirche nicht das mindeste genügt und ihnen nur neben dem ehrlichen Abscheu der großen Arbeitermassen das zweifelhafte Liebeswerben einiger Scharfmacherorgane eingebracht — und wieder wie einst den Klassenstandpunkt der Arbeiter, nackt und rücksichtslos, vertreten. Sie müssen wieder, wie einst, stolz darauf sein, von der Unternehmerpresse als Streikvereine, von den bezahlten Unternehmervertretern als schlimmer denn die Sozialdemokraten bezeichnet zu werden. Das Koalitionsrecht der Arbeiter ist für Kämpfer geschaffen, für trotzigge Rebellen, die es als gute Waffe zu gebrauchen wissen; — nicht aber für Sklavenseelen, die dem Kapital gegen ihre Leidensgenossen beistehen. Um Bundesgenossen der Gelben zu werden, dazu bedarf es wahrlich nicht christlicher Gewerkschaften, — das können die katholischen Fachabteilungen ebenso gut und die vaterländischen Arbeitervereine noch besser. Wollen die christlichen Gewerkschaften sich von Gelben, Nationalen und Fachabteilern wirklich unterscheiden, dann können sie dies nur vom Standpunkte des Koalitionsrechtes der Arbeiterklasse aus als Klassenorganisation der Arbeiter gegen die Klassenorganisation des Unternehmertums. Der Gebrauch des Koalitionsrechtes war ihr wichtigstes Unterscheidungsmerkmal gegenüber den Fachabteilern. Was hätte der Konflikt mit der Kirche sonst für einen Zweck, wenn er mit der Preisgabe des Koalitionsrechtes seitens der christlichen Gewerkschaften endete. Dann gäbe es neben den gelben Wertbereinen und den vaterländischen Gelben sowie den katholischen Gelben noch die weitere Spezies der interkonfessionellen Gelben, eine zweifelhafte Sorte mehr von Arbeiterorganisationen, die sich an der Standesehre ihrer Klasse veründigen und deren Namen ein ehrlicher Arbeiter nur mit Verachtung nennt. Um das zu sein oder werden, brauchten sie wirklich nicht den Zorn des Papstes und der Bischöfe heraufzubeschwören, — das Geschäft entwickelt sich besser im Schatten der Kirche!

Aber das Verhalten der christlichen Gewerkschaftsleitungen beweist nur zu deutlich, daß es ihnen nicht ernst ist mit dem Kampf um das Koalitionsrecht. Wie sie das Koalitionsrecht der Arbeiter fortgesetzt mit ihrer Massenproduktion von erlogenen und entstellten Terrorgeschichten, mit ihrem Geschrei nach verstärktem Arbeitswilligen Schurk arglistig gefährdeten, zur offenen Freude aller Scharfmacher, wie sie es durch ihren Massenstreikbruch und durch Massendenunziationen im Ruhrbezirk mit Füßen traten, so sind sie tagtäglich bereit, dieses Recht für andere Arbeiter knebeln zu helfen. Nur zum Schein streiten sie für das Gewerkschaftsrecht, um unter dem Namen von Gewerkschaften größere Arbeiterschichten für ihre gewerkschaftsfeindliche Politik zu gewinnen. Nachdem sie sich in der ersten Hälfte ihres Daseins als streiklustige Gewerkschaften geriert haben, mit radikalen Kraftworten und Kraftproben verschwenderisch umgegangen waren, fanden sie es für gut, in ihrer zweiten Entwicklungsperiode den Ertrag ihrer Drauf-

gängerjahre in wohlangeesehenen nationalen Werten anzulegen und sich mit den Gelben um diese Spekulation zu reifen, und hoffen, daß die Erhaltung der Firma „Gewerkschaft“ ihnen auch weitere Hunderttausende für derlei Vörjengeschäfte zuführen werde. Das Koalitionsrecht, das die Vertretung der Arbeiterinteressen bezweckt, dünkt ihnen gerade gut genug zum Mißbrauch der Arbeiterinteressen, zur Aufopferung der Arbeiterschaft an das Kapital. Nur weil sie hoffen, dieses Geschäft erfolgreicher unter der Form interkonfessioneller Gewerkschaften, als in Form katholischer Fachabteilungen betreiben zu können, nur deshalb weisen sie den Bischöfen die Zähne und knurren selbst den hl. Vater in Rom etwas ehrfurchtslos an. „Nicht weil der Berliner Verband den Frieden in der Gesellschaft will, wird die Fachabteilungsidee von den christlichen Gewerkschaften abgelehnt, sondern nur deshalb, weil sein System jegliche wahre gewerkschaftliche Selbsthilfe als Mittel zum Aufstieg der Arbeiterklasse ablehnt“, heißt es tönend in dem Protest der christlichen Gewerkschaftsleitung. Als Mittel zum Aufstieg der Arbeiterklasse fruktifizierten christliche Gewerkschaften seit Jahren Sonderorganisation und Stehenbleiben bei Streiks, Denunziation von Klassengenossen und Streikbruch!

Aber die christliche Arbeiterschaft, die sich bisher in den interkonfessionellen Gewerkschaften widerstandslos gegen die Arbeiterinteressen mißbrauchen ließ, sie muß auf die wahre Bedeutung und große Tragweite dieses Kampfes der römischen Kurie gegen ihr Koalitionsrecht hingewiesen, zur Erkenntnis und vollen Erfassung des Gewerkschaftswesens und zur wahren Selbsthilfe erweckt werden. Mit Recht schrieb der „Grundstein“ (Nr. 23) hierzu:

„Es ist ein Stück Klassenkampf, was sich im christlichen Lager abspielt. Es ist der Kampf der nach mehr Recht und Brot strebenden Arbeiter um ihre Selbständigkeit, die sie haben müssen, wenn sie nicht gegen die Unternehmer im Nachteil sein wollen. Und der Klerus, der die katholischen Arbeiter da angreift, wo eben ihre schwache Stelle ist — an ihrer geistigen Unselbständigkeit, an ihrem Festhalten an einer tausendfach brüchigen Ideologie —, dieser Klerus ist in Wahrheit nur das Werkzeug des Kapitalismus, mit dem ihn das Bekenntnis zur sozialen und kulturellen Reaktion, zu dem Grundsatz, daß der Knecht ein Knecht bleiben muß, verbindet. Er wittert in den selbständigen Organisationen der ihm noch folgenden Arbeiter, mögen sie sich auch tausendmal christlich nennen, das Dämmern des kommenden Tages, den Beginn der Auflösung aller Bande, die den katholischen Arbeiter zu seinem Sklaven machen. Und darum mühten unsere Sympathien bei einem solchen Kampfe auf der Seite der christlichen Arbeiter stehen. Sie sind Blut von unserem Blute, und nur die gewissenlose Heze eines machtlüsternden Klerus hat sie gegen uns getrieben und hat sie mißbraucht.“

Lernt die christlich organisierte Arbeiterschaft begreifen, um was es sich wirklich handelt in diesem Kampfe, dann wird sie nicht bloß einmütig den Angriff des Klerus zurückweisen, sondern auch die Spuren der Streikbrüche schmählich der letzten Jahre zu tilgen und den Schmutz vom Namen ihrer Gewerkschaften zu beseitigen trachten, die ein gewissenloses Führertum ihnen zugefügt hat. Die christlichen Arbeiter werden wieder ehrliche Ge-

werkschafter werden und mit den freien Gewerkschaften zusammen arbeiten und gemeinsam kämpfen wollen. Sie werden danach trachten, die Macht der Arbeiterorganisation gegenüber dem Unternehmertum zu festigen und alle Ursachen der Befehdung und Verbitterung, der Entzweiung und Zersplitterung der Arbeiterklasse zu beseitigen, der großen Einheit der Gewerkschaftsbewegung die Bahn zu ebnen. Sollten den gewerkschaftlich denkenden und handelnden Elementen der christlich organisierten Arbeiterschaft in ihrem Wirken für diesen Klassenstandpunkt unüberwindliche Widerstände sich entgegenstellen, dann ist das Schicksal der interkonfessionellen Verbände besiegelt. Dann wird die römische Kirche ihren Willen durchsetzen und Knechtseeligkeit wird die leiseste Regung des Klassenempfindens erstickt. Die Scham ob solcher Vernechtung aber wird die selbständigeren und freiheitlichen Elemente den freien Gewerkschaften zudrängen und sie werden uns als Mitarbeiter und Mitkämpfer willkommen sein. U.

Statistik und Volkswirtschaft.

Der Märzstreik der Ruhrbergleute in zehnstatistischer Beleuchtung.

Noch zur rechten Zeit, ehe die Erinnerung an das Streikbruchverbrechen im Ruhrkohlenrevier zu sehr verblaßt, bringt der „Glück auf“ (Essen) eine statistische Arbeit des Zechenverbandsangestellten Dr. Jüngst über den Märzstreik 1912 mit einigen Vergleichszahlen über die großen Ruhrstreiks von 1889 und 1905. Der Streikleitung war es durch die an dieser Stelle bereits besprochenen Streikbruchmaßregeln äußerst schwer, in den letzten Kampftagen einfach unmöglich gemacht, die Zahl der Anführenden kontrollieren zu lassen. Wir waren darum mehr oder minder auf Schätzungen angewiesen, konnten aber doch nach Mitteilungen glaubwürdiger Vertrauensleute versichern, daß auch am 19. März, am Tag des Streikabbruchbeschlusses, noch 160 bis 170 000 Arbeiter den Gruben ferngeblieben waren. Die liberale Presse dagegen schwandelt den Leuten vor, es hätten sich selbst an den besten Streiktage kaum 160 000 Mann der Bewegung angeschlossen, die überhaupt von keiner Kampfstimmung der Belegschaften getragen sei und nur eine „sozialdemokratische Machtprobe“ darstelle.

Herr Dr. Jüngst stellt nun nach den Zechenjournalen die Zahl der „Fehlenden“ fest, worunter er auch alle Krankfeiernden begreift; was wichtig ist. Indessen waren auch 1905 in der Zahl der als streikend bezeichneten Arbeiter die Krankfeiernden einbegriffen. Demzufolge reduziert sich die Höchstzahl der 1905 angegebenen Streikerzahl (78 Proz. der Gesamtbelegschaft, etwa 197 000 Mann) auch um die Krankfeiernden. Von ihnen sollen viele nur wegen des Streiks den Krankenschein genommen haben. Das wurde 1905 gesagt, Jüngst behauptet es für 1912 ebenfalls. Er rechnet von den Fehlenden 8 Proz. des Belegschaftsfolles zu den Krankfeiernden und Beurlaubten, das wären höchstens 31 000 Mann, während liberalseitens einmal von 45 000 geschwankelt wurde, nur um die Streikbeteiligung möglichst niedrig erscheinen zu lassen. Es haben zweifellos viel mehr Bergleute während des Streiks krankgefeiert wie in normalen Zeiten, aber die scharfe Krankentkontrolle sorgt schon dafür,

daß die Zahl der Simulanten relativ sehr gering ist. Wer die Gesundheitsverhältnisse der Bergarbeiterbevölkerung kennt, dem ist es nicht verwunderlich, daß sich in Streikzeiten viel mehr Bergleute als sonst in ärztliche Behandlung begeben, was ihnen immer noch würdiger ist als Streikbruch zu verüben. Es handelt sich oft um Leute, die zwischen Kampflust und ängstlicher Erwägung hin und her schwanken. Wie viele von den Krankfeiernden und Beurlaubten ihrer Befinnung nach den Streikenden zugurechnen wären, ist natürlich nicht bestimmbar; es geht daher auch nicht an, sie ohne weiteres den Streikgegnern zuzuzählen. Immerhin beweist die Gesamtzahl der „Fehlenden“, wieviel Arbeitskräfte überhaupt den Betrieben entzogen waren.

Nach Jüngst haben von der Gesamtbelegschaft gefehlt

am	Untertagsarbeiter	Obertagsarbeiter	Zusammen
	Proz.	Proz.	Proz.
11. März	169 243 = 56,52	22 928 = 27,18	192 171 = 50,07
12. "	205 050 = 68,47	28 908 = 31,86	231 953 = 60,42
13. "	208 728 = 69,68	26 427 = 31,29	235 148 = 61,24
14. "	204 440 = 68,25	24 607 = 29,13	229 047 = 59,64
15. "	197 154 = 65,81	22 031 = 26,07	219 185 = 57,07
16. "	179 963 = 60,06	20 288 = 24,00	200 249 = 52,13
18. "	167 955 = 56,05	18 638 = 22,03	186 593 = 48,56
19. "	156 039 = 52,08	16 749 = 19,79	172 842 = 44,97
20. "	131 624 = 43,91	15 493 = 18,30	147 117 = 38,27

Am 11. März begann der Streik und setzte sofort in einem nie dagewesenen Umfange ein. Es fehlten sogleich 192 171, oder wenn wir sämtliche Krankfeiernde und Beurlaubte als Streikgegnere abrechnen wollten, 161 467 Mann. Schon am dritten Tage fehlten 235 148 Mann, abzüglich aller Kranken usw. 204 428! Die liberale Presse schwankelte von „kaum 160 000 Streikenden“. 1905, als kein organisierter Streikbruch die Kämpferreihen durchlöchernde und bekannte, dauerte es vom 12. bis zum 19. Januar, ehe sich die Zahl der Fehlenden von 23 auf 78 Proz. (Höchststand) der Gesamtbelegschaft vermehrte. Im März 1912 fehlten gleich am ersten Streiktag über 50 Proz. und schon am dritten Tage waren es über 61 Proz.! An dem Tage fehlten von der Gesamtbelegschaft in der Mehrzahl (10 von 19) der Reviere 70 bis 90 Proz. der eigentlichen Bergleute, auf die es hauptsächlich ankommt. Obgleich nun aus den Kohlen-, Koks- und Drikettlagern starke Abfuhr stattfanden, ging doch die Versandzahl der mit Kohlen, Koks und Driketts beladenen Eisenbahnwaggons (je 10 Tonnen) von durchschnittlich täglich 25 000 in der Woche vor dem Streik jäh auf 11 588 am 13. März zurück!

Bereits für den ersten Streiktag zählte Jüngst 11 Zechen auf, wo über 70 Proz. der Belegschaft fehlten. Und noch am 20. März, am Tage nach der den Streikabschluß beschließenden Revierkonferenz, gab es eine Reihe Zechen mit über 50 bis 85 Proz. als fehlend gemeldeter Belegschaftsmitglieder!

Dies trotz einer unerhörten ultramontanen Heze und des polizistischer-militärischen Massenaufgebots gegen die tapferen Kämpfer! So einen prompt einsetzenden Massenkampf um bessere Arbeitsbedingungen hat das Ruhrrevier noch nicht erlebt.

Das erkennt auch Herr Jüngst an, indem er Vergleiche zwischen dem äußeren Verlauf der großen Streiks 1889, 1905 und 1912 zieht. Der erste sei ohne einheitliche Leitung verlaufen, der zweite sei erst im Laufe des Ausstandes unter einheitlicher Leitung gekommen, der dritte aber habe sich „unter planmäßiger Führung der beteiligten Arbeiterver-

bände" vollzogen. Da traten bereits am ersten Tage „mit einem Male mehr als 190 000 Mann (Zahl der Fehlenden) in den Ausstand und in weiteren zwei Tagen erreichte dieser mit 235 000 Fehlenden alsbald seinen Höhepunkt". Auch die bei dem Streikabbruch hervorgetretene gewerkschaftliche Disziplin der Kämpfer bestätigt Jüngst. Vielleicht ist auch ihm dabei der Gedanke gekommen, daß die seit 1905 augenscheinlich gewerkschaftlich besser geschulten Ruhrbergleute, wäre ihre Einigkeit nicht in so frevelhafter Weise gestört worden, den Märzstreik 1912 gewonnen hätten. Ohne die infame ultramontane Streikbrecherpropaganda, vor allen Dingen ohne das von den „Kopf und Kragen" bangenden Ultramontanen provozierte faktische Eintreten des Belagerungszustandes über die wichtigsten Streikbezirke wäre dieser Streik zu einem siegreichen Ende für die Grubenproletarier gekommen. Herr Dr. Jüngst weist statistisch nach, daß mit dem Einrücken des Militärs das Abbröckeln der Streikermasse, schon unermüdlich betrieben von der beispiellosen, schwindelhaften Preßhege zwecks Aufpumpung der Polizisten und Gendarmen gegen die Streikenden, „beschlunigt" wurde. Doch wird dieser Ausdruck der Situation nicht genügend gerecht. Jüngst stellt denn auch noch extra fest: Am 14., zum Teil erst am 15. März seien die Soldaten eingerückt „und bereits an dem erstgenannten Tage zeigte die Streikbeteiligung im ganzen Oberbergamt einen Rückgang um 1,6 Proz."! Am anderen Tage, als das Militäraufgebot noch vergrößert war, verminderten sich die Streikenden um 2,57 Proz. Ueber diesen Durchschnitt hinaus ging die Streikermasse aber zurück „in der Mehrzahl der Reviere, die Militär erhalten hatten!!!" Diese Worte Jüngsts unterstreichen das, was wir in Nr. 24 des „Corr.-Bl." über die Wirkung des militärischen Aufgebots auf die Streikbewegung geschrieben haben. Sie hat nicht infolge ungünstiger Konjunktur, nicht wegen mangelnder Kampfesstimmung der Belegschaften, nicht mangels einer ausreichenden Organisation, sondern unstreitig infolge der ultramontanen Streikbruchpropaganda und namentlich der auf deren Unterstützung hinauslaufenden behördlichen Ausnahmemaßregeln mit einem Triumph der Grubenbesitzer geendet.

Die Jüngst'sche Statistik macht es sodann auch ziffernmäßig offenbar, daß die von den Ultramontanen heftig bestrittene Angabe der sozialdemokratischen Arbeiterpresse, es hätten sich an zwanzigtausend Mitglieder des „christlichen" Gewerkvereins am Streik beteiligt, kein Phantasieprodukt ist. Er gab ja 45 000 bis 50 000 Mitglieder im Ruhrgebiet an. Allerdings haben am 13. März in den Revieren Werden nur 29,64 Proz., in Süd-Essen nur 51,77 Proz., in West-Essen 51,86 Proz., in Ost-Essen aber 59,39 Proz. von der Untertagsarbeiterschaft (die die erdrückende Mehrheit der organisierten Bergleute stellt) gestreikt. In diesen Revieren besitzt der Centrumsgewerkverein die meisten seiner namhaften Ortsgruppen. Hier war auch das Rüten der Streikbruchpresse am tollsten. Trotzdem müssen selbst hier Tausende Gewerkvereinsmitglieder gestreikt haben, wo kämen sonst die hohen Ziffern der Streikenden her? oder — wo sind denn sonst die angegebenen vielen tausend Gewerkvereinsmitglieder im Bezirk Essen-Werden? In dem Revier Redlinghausen-Ost aber streikten 73,23 Proz., in Redlinghausen-West aber 69,18 Proz., in Nord-Bochum 63,70 Proz., im Gelsenkirchener Bezirk 73,53 Proz., im Wattenscheider Be-

zirk 69,37 Proz. der Untertagsarbeiter. Die vorherigen Knappschafts-, Vergewerbergerichts- und Sicherheitsmännerwahlen haben gezeigt, daß auch in diesen Revieren der Centrumsgewerkverein namhafte Stimmengahlen aufbrachte. Demnach müssen in den betreffenden Revieren, wo sich sogar noch am 16. März weit über die Hälfte aller Untertagsarbeiter im Streik befanden, selbst dann noch viele tausend Gewerkvereinsmitglieder mitgestreikt haben, obgleich die abscheulichste Streikbruchhege getobt hatte. Am 13. März haben also entweder zwischen 10 000 und 20 000 Gewerkvereinsmitglieder gestreikt oder es ist nicht die Hälfte der angeblichen Mitgliederzahl des Gewerkvereins vorhanden. Ein Drittes gibt's nicht. Aus einem von der „Bergarbeiterzeitung" veröffentlichten Briefe des „christlichen" Bezirksleiters Walter geht übrigens auch hervor, daß die Zahl der sogar noch am 18. März gegen den Willen der Streikbruchorganisatoren streikenden Gewerkvereinsmitglieder viel größer gewesen ist als öffentlich zugegeben wurde.

Bei der Niederschrift dieser Zeilen sind mehr als drei Monate nach dem entsetzlichen Streikbruchdrama verfloßen. Die „versprochene" Lohnerhöhung ist immer noch nicht eingetreten! Im 1. Quartal 1912 stand nach dem bergbehördlichen Ausweis der Dauerlohn immer noch 40 Pf. niedriger pro Schicht wie 1907. Es ist ganz ausgeschlossen, daß in dem eben abgeschlossenen 2. Quartal d. J. der Dauerlohn auch nur die Höhe von 1907 erreicht hat, womit dann immer noch kein Ausgleich für die inzwischen eingetretene enorme Nahrungsverteuerung geschaffen wäre. So sind die Bergleute mit dem „Lohnversprechen" schmählich betrogen worden.

In der Eingabe (19. 2. 1912) des Bergarbeiterdreibundes an die Rechendirectionen wurden die Rechenverwaltungen auch ersucht, ihren Vertretern in der Generalversammlung des Allgemeinen Knappschaftsvereins aufzugeben, für die Beseitigung der Aufrechnung der reichsgesetzlichen Invaliden-, Witwen- und Waisentrenten auf die Knappschaftsleistungen zu stimmen. Durch den ultramontanen Streikbruch wurde natürlich auch diese Forderung nicht realisiert. Die Streikbruchführer versicherten ihren Anhängern, „in Güte" ließe sich von den Rechenbesitzern mehr erreichen, der Streik sei frivol usw. Nun hat ein Beauftragter der Streikbruchführer in der am 13. Juni stattgefundenen Generalversammlung des Knappschaftsvereins (Bochum) den Antrag eingebracht und begründet, die Werksbesitzer möchten doch wenigstens nicht den gesetzlich erlaubten Teil der durch die Reichsversicherungsordnung gewährten Witwen- und Waisengelder von den Knappschaftsrenten abziehen. Dieser bescheidene Antrag, bereits im vorigen Herbst auch von den Ältesten unseres Verbandes vergeblich gestellt, wurde von den Werksvertretern nicht einmal diskutiert, sondern glatt verworfen! So sind die Bergleute durch den Streikbruch auch um die Verbesserung ihres Knappschaftsrechtes gekommen. Und es konnte nur die Wucht dieser Anklage gegen die Streikbruchorganisatoren erhöhen, daß die Werksbesitzer drei Monate nach der Frevelthat den „christlichen" Knappschaftsantrag schände in den Papierkorb warfen. Die Streikbruchorganisation ereilt ihr verdientes Schicksal noch, nur Geduld! D. S.

Wirtschaftliche Rundschau.

Diskontermäßigung. — Saatensand und Getreidepreise. — Baumwollindustrie, Elektrotechnik, Kohleisenerzeugung. — Ausland.

Der letzte Monat hat eine ganze Reihe wirtschaftlich günstiger Faktoren in Wirkung gesetzt.

Für Deutschland kommt dabei zunächst der verhältnismäßig flüssigere Geldstand in Betracht. Die monatelang festgehaltene Spannung von nicht weniger als 2 Proz. zwischen dem deutschen und dem englisch-französischen Bankfuß wurde nach langem Zögern dadurch gemildert, daß die Reichsbank am 11. Juni wenigstens um ein halbes Prozent in ihrem Diskontsatz herabging, der seit dem 19. September des Vorjahres 5 Proz. betrug. In England besteht, wie der Leser weiß, bereits seit dem 9. Mai ein Diskont von 3 Proz.; die Bank von Frankreich verließ am 18. Mai wieder ihre Ausnahmerate von 3½ Proz. und kehrte zu den gewohnten 3 Proz. zurück. Die belgische Nationalbank ermäßigte am 31. Mai ihren Satz von 4½ auf 4 Proz. Das deutsche Verhalten verrät noch immer viel Vorsicht, wie sie durch die außerordentliche allseitige Kreditanspannung nach wie vor bedingt ist. Nachdem sich aber der Reichsbankpräsident noch am 30. Mai in der Sitzung des Centralausschusses über die Möglichkeit einer Diskontänderung sehr wenig günstig ausgelassen hatte, war die Wirkung des Schrittes um so eindrucksvoller.

Ähnlich belebend wirkten die anhaltend erfreulichen Saatenstandsberichte. Das Vorjahr brachte zwar für Deutschlands Getreideertrag durchaus nicht die großen Nachteile, die man nach der ununterbrochenen Trockenheit und Dürre befürchtet hatte; aber die allgemeine Welternte zeigte ein großes Defizit. Vor allem vermochte Rußland nicht in dem Maße, wie vorher in den Erntejahren 1909/10 und 1910/11, die Lücken der zuluferbedürftigen Länder Europas auszufüllen, so daß für Roggen, Hafer und Gerste überall eine außerordentliche Preishöhe zu verzeichnen war; weniger für Weizen, weil hier der Zuschußbedarf Mittel- und Westeuropas von vornherein erheblich geringer blieb. Diesmal werden die deutschen Ernteaussichten als überwiegend gute, sowohl von amtlicher wie von privater Seite, bezeichnet. Für Rußland erwartet man, nach allen bisherigen Anzeichen, ein geradezu glänzendes Ergebnis. Was über die Donauländer, die Vereinigten Staaten und Kanada, ferner über Argentinien, Australien und Indien verlautet, klingt nicht ganz so bestimmt, jedoch immerhin überwiegend zuberichtlich.

Wenn in der Preisgestaltung des Großhandels vorläufig noch wenig von diesen Erwartungen zu spüren ist, so rührt dies in erster Linie von der sehr niedrigen Einschätzung der aus alter Ernte verfügbaren Vorräte her. Das preisbeeinflussende Angebot wird gerade beim Getreide sehr wesentlich von den älteren „Reserven“ mitbestimmt, und zweifellos sehen sich diejenigen Elemente, die noch vor dem Zustrom neuer Erntemengen zum Ankauf von Getreide gezwungen sind, durch die schmalen verfügbaren Restbestände in ziemliche Verlegenheit gesetzt. Daß der Handel aber mit einem baldigen Umschwung rechnet, zeigen die starken Preisunterschiede zwischen Julilieferung und Septemberlieferung: in Berlin notierte Julaweizen und Juliroggen in der Woche vom 11. zum 18. Juni beispielsweise 229 bis 232 und 193¼ bis 195¼ Mk., während in der übernächsten Woche (25. Juni bis

2. Juli) der Septemberweizen stets unter 208¼, der Septemberroggen für höchstens 174¼ Mk. zu haben war. Die Umsatzenmengen mögen in einen, wie im anderen Falle fast belanglos gewesen sein, wie so häufig beim Uebergang von alter zu neuer Ernte: die vorwiegenden Vermutungen der Handelstreife sprechen sich unleugbar in diesen Preisziiffern der größten und maßgebendsten deutschen Produktenbörse aus. Heute, am 8. Juli, notiert Septemberweizen sogar 203,25 bis 203 Mk., Septemberroggen 170,25 bis 170,50 Mk.; die Börsentreise halten also an ihrer Beurteilung der zukünftigen Marktverhältnisse fest.

Bestätigen sich diese Hoffnungen, so wäre nicht nur ein drückender Alp von der Brust der konsumierenden ärmeren Bevölkerung genommen. Auch große Industriezweige müßten die vermehrte Kaufkraft der Massen in der Steigerung des Absatzes für ihre eigenen Erzeugnisse spüren. In besonderem Maße gilt dies für die Textilindustrie, für deren hervorragenden Zweig ferner noch günstige Aussichten der Rohstofflieferung sich darbieten. Nach den bisher vorliegenden Berichten über die amerikanischen Baumwollpflanzungen rechnet man auf einen guten Durchschnittsertrag von etwa 13 bis 14 Millionen Ballen. Umgekehrt wie beim Getreide, fallen jedoch, nach der vorjährigen Refordernte, bei der Baumwolle noch ansehnliche Vorräte preis-mildern in die Waagschale. Die sichtbaren Vorräte stellten sich nämlich am 28. Juni des laufenden Jahres auf 2,699 Millionen Ballen gegen 1,784 Millionen in 1911 und 1,726 Millionen in 1910. Wenn die Baumwollpreise trotzdem nicht niedrig stehen (am 8. Juli in Bremen 67 Pf. für Upland Middling, in Liverpool Julilieferung 6,77 Pence), so rührt das lediglich von der starken internationalen Rohstoffnachfrage, also von dem regen Geschäftsgang der Baumwollgewerbe her. „Die (deutschen) Textilfabrikanten“, schreibt man dem „Berliner Tageblatt“, „sind zurzeit reichlich beschäftigt und auf längere Termine hinaus mit Aufträgen versehen. Dies dürfte auch wohl in der Hauptsache den Anstoß dazu gegeben haben, daß die Fabrikanten kürzlich eine Erhöhung der Garn- und Gewebepreise eintreten ließen, die durchschnittlich zirka 20 Proz. beträgt.“

Als Brennpunkt aller Lichtstrahlen stellt sich die Elektrizitätsindustrie dar. Mit dem Bau von Dynamomaschinen, Elektromotoren, Transformatoren und ähnlichem ist sie so stark beschäftigt wie nie zuvor. Die Gesellschaften sind genötigt, immer längere Lieferfristen auszubedingen, und führende Werke beabsichtigen eine weitere Ausdehnung ihrer Betriebe. Vor allem soll die große Berliner Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, im letzten Drittel des Jahres, eine Kapitalserhöhung um 20 bis 30 Millionen Mark vornehmen wollen. Nach der letzten Bilanz hatte die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft ein Aktienkapital von 130 Millionen Mark, daneben offene Reserven von 60 Millionen Mark und einen Obligationenumlauf von 80 Millionen Mark. In dieser Bilanz stehen ferner die Union-E.-G.-Aktien und die von der Union übernommenen Werte, sowie die sämtlichen Maschinen und Werkzeuge aller Abteilungen — zusammen ein Riesensobjekt — nach der „Voss. Ztg.“ mit je einer Mark zu Buche!

Auch aus der Eisenindustrie hört man von zahlreichen Preisauflösungen. Die deutsche (und luxemburgische) Roheisenerzeugung stellte sich während der Monate Januar bis 30. Juni 1912 auf 8 424 632 Tonnen, gegen 7 682 639 Tonnen in dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres.

Das vorteilhafte Bild wird noch dadurch verstärkt, daß selbst Länder, die sonst nur langsam in Gang zu kommen pflegen, gleichfalls ihre Aufschwungszeit durchmachen. So Oesterreich seit dem Verfliegen der bösnischen Wolken, während Rußland augenblicklich sogar eine Periode des Gründungs- und Spekulationschwinds erlebt.

Berlin, 9. Juli 1912.

Max Schippel.

Arbeiterbewegung.

Gewerkschaftliche Rückblicke.

XII.

Industrie der Steine und Erden.

Die Konjunkturverhältnisse in dieser Industrie-Gruppe waren im Berichtsjahre nicht einheitlich gute, aber in wesentlichen Teilen herrschte ein flotter Geschäftsgang. So hat die Steinindustrie gute Beschäftigung gehabt, ebenso die Glasindustrie, während im Töpfergewerbe und in der Porzellanindustrie die Konjunktur nicht ganz fest war. Die Rentabilität der Aktiengesellschaften ging im Gesamtdurchschnitt von 6,5 auf 6,4 Proz. zurück; jedoch wird dieser Rückgang durch die Baumaterialienindustrie bewirkt, die für unsere gewerkschaftlichen Ueberlichten bei der Industrie-Gruppe Steine und Erden nicht in Betracht kommt. Bei den Zweigen der Industrie, die wir zu dieser Gruppe zählen, trat überall eine Erhöhung der Dividenden ein, wie aus folgenden Zahlen zu ersehen ist:

	Zahl der Gesellschaften	Kapital in 1000 M.	Dividende in Proz.	
			1909/10	1910/11
Steinbrüche	29	27 776	3,7	4,2
Porzellanfabriken . .	29	36 316	7,8	8,0
Glasfabriken	35	65 154	10,1	11,2
Sonst. Steine u. Erden	10	9 650	5,8	7,0

Die Rentabilität der Steinbruchgesellschaften bleibt demnach auch im Vorjahre weit hinter der Durchschnittsrentabilität aller deutschen Industrie-Gruppen zurück. Immerhin läßt die Erhöhung der Durchschnittsdividende um $\frac{1}{2}$ Proz. die Aufwärtsbewegung erkennen, in der sich die Steinindustrie wieder befindet. Es ist auch zu erwarten, daß die Rentabilität für das Jahr 1911/12 eine günstigere wird, denn die Beschäftigung war selbst in der Sandsteinbranche bis in den Herbst 1911 eine recht gute. In den übrigen Zweigen hatte die Steinindustrie eine größtenteils flotte Beschäftigung aufzuweisen. Wie die Marktverhältnisse und die Geschmacksveränderungen auf die steinindustrielle Produktion einwirken, schildert der „Steinarbeiter“ in prägnanter Kürze. Wir geben die diesbezüglichen Ausführungen aus seinem Jahresrückblick hier wieder:

„Sogar in der Sandsteinbranche wurde bis zum Oktober sehr flott gearbeitet. Aber dann folgten in dieser Branche in einer Reihe von Bezirken sogar Massenentlassungen. Es ist auch keine Aussicht vorhanden, daß in der Sandsteinindustrie die Arbeitsgelegenheit in den nächsten Monaten sich bessern wird. Am allermeisten sind von dieser wirtschaftlichen Misere die Kollegen im Bunzlau-Löwenberger Distrikt getroffen. In Niederschlesien wird dieser Industriezweig die alte Stellung wohl kaum mehr einnehmen können. In der Granitbau-branchen war der Beschäftigungsgrad ein guter zu nennen. Allerdings die reichprofilirten Arbeiten, wie sie die Steinmehnen früher kannten, werden auch heute nicht mehr angefertigt. Im Oberrhein wurden noch vor zehn Jahren zum größten Teil Werkstücke mit einer reichhaltigen Archi-

tektur hergestellt, heute dagegen ist die Hauptproduktion auf Stufen und Randsteine zugeschnitten. Die Schleifereien haben wegen der Aenderung der Geschmacksrichtung in der Denkmalsproduktion die seit drei Jahren bestehende Krise noch nicht überwunden. Aber die Schleifereien haben es nun doch allmählich verstanden, sich dem Zuge der Zeit anzupassen. Die Schablonen- und Duzendware verschwindet und die hergestellten Musterkataloge zeigen eine ganz neue Aufmachung. Allmählich führen sich auch die „farbigen“ deutschen Granite aus dem Fichtel-, Erz- und Riesengebirge und dem Schwarzwald immer mehr ein. Allerdings, die Schleifer werden größtenteils die Leidtragenden sein, weil diese farbigen Materialien zum überwiegenden Teile gestockt bleiben. Im Fichtelgebirge, dem Herd der Monumentalindustrie, sind jetzt die Schleifer mitunter zwei bis vier Tage arbeitslos, dann geht es wieder zehn bis zwölf Tage, und dann wird wiederum täglich gearbeitet, aber mit verkürzter Arbeitszeit. Die Schleifereibesitzer müssen in Zukunft mehr die Qualität als wie die Quantität bei ihrer Produktion im Auge behalten. Mit Aufträgen geradezu überhäuft waren die Pflasterstein- und Schotterwerke. Für diese Industriellen brachte das Jahr 1911 geradezu einen andauernden ungeheuren Goldbergren. Die Pflastersteinwerke konnten ihre Lagerplätze räumen, und ebenso war es möglich, die gesamte Jahresproduktion unterbringen zu können. Diese Tatsache ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil in den ersten sechs Monaten auch die schwedische Einfuhr stark stieg, und zwar wegen der Zollverhandlungen. In den Schotterwerken werden zum Verkleinern der Steine immer mehr die Anschlagmaschinen herangezogen, und so ergibt sich, daß zwar die Produktionsziffer ungeheuer steigt, aber die Arbeiterzahl merklich kaum noch vermehrt wird. Durch die starke Zunahme des Automobilverkehrs müssen die Straßen in guten Stand versetzt werden, und so ist damit zu rechnen, daß auch in den nächsten Jahren die Pflasterstein- und Schotterwerke mit genügenden Aufträgen versehen sein werden. Besonders das Kleinpflaster erobert sich immer mehr Freunde unter den bautechnischen Autoritäten. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß auch in den Kalksteinbrüchen mit Hochdruck geschafft wurde. Die Kurse der Kalk- und Zementwerke sind gestiegen. Daraus kann geschlossen werden, daß bei der Gewinnung der Rohmaterialien in den Kalk-, Dolomit- und Zementsteinbrüchen intensiv gearbeitet wurde. In den drei soeben genannten Steinbrucharten werden 1923 Betriebe mit 16 114 Vollarbeitern gezählt. Das gibt uns einen schönen Fingerzeig, in welcher Richtung wir zukünftig mit der Agitation einsehen müssen. Am besten war dieses Jahr die Marmorindustrie beschäftigt. In dieser Branche gehörte die Arbeitslosigkeit unter den Kollegen zur Seltenheit. Marmor wird heutzutage sehr viel verbraucht, es wird kaum ein besseres Bürgerhaus gebaut, wo der Marmor, dieses edle Gestein, nicht Verwendung finden würde. Besonders in den Großstädten versuchen es die Architekten mit großem Geschmack, bei den inneren Ausbauarbeiten die bunten Marmore in großer Anzahl kompositiv zu behandeln. Die Löhne in dieser Branche haben dementsprechend etwas angezogen. Allerdings arbeiten die großen Marmorwerke mit einer raffinierten Maschinenteknik. In keinem anderen Zweige der Steinindustrie ist die Verwendung der Maschinen so vorgeschritten, als wie in der Marmorindustrie. Beiläufig sei bemerkt, daß von einer Verarbeitung des Marmors aus Deutsch-Südwestafrika in Deutschland selbst wenig zu bemerken ist.“

Der Andrang auf dem Arbeitsmarkte ließ in dieser Industrie-Gruppe im Berichtsjahre weiter nach, und zwar fiel die Zahl der Arbeitssuchenden von 135,70

auf 129,74 pro 100 offene Stellen. Die Zahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder war für die meisten Monate niedriger als im Jahre 1910, und sie ging im Monat März gar zurück auf 0,9 Proz. der Mitglieder der berichtenden Organisationen.

Die organisatorische Entwicklung unserer Verbände in dieser Industriegruppe war befriedigend. Die größten Fortschritte machte der Steinarbeiterverband, der seine Mitgliederzahl von 22 416 auf 27 703 zu steigern vermochte. Auch die finanzielle Entwicklung des Verbandes war eine recht günstige. Trotz großer Ausgaben für Unterstützungen und Kämpfe wurde das Jahr abgeschlossen mit einem Vermögensbestande von 776 064 Mk., davon 589 077 Mk. in der Hauptkasse. Von den Ausgaben entfielen auf Reiseunterstützung 17 570 Mk., Krankenunterstützung 88 249 Mk., Notunterstützung 45 726 Mk. und Streiks im eigenen Beruf 137 568 Mk.

Die intensiv betriebene Lohnbewegung hat gute Erfolge aufzuweisen. Insbesondere ist es in immer steigendem Maße gelungen, den Verbandsmitgliedern vertraglich geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Ueber die Entwicklung des Vertragswesens in den letzten drei Jahren geben folgende Zahlen Auskunft.

Von den am 1. Januar bestehenden Tarifen wurden erfasst:

1910: 163 Verträge für 1039 Betriebe mit 13 668 beschäftigten Personen, davon Mitglieder 11 874;
1911: 178 Verträge für 1156 Betriebe mit 15 691 beschäftigten Personen, davon Mitglieder 13 413;
1912: 208 Verträge für 1395 Betriebe mit 18 847 beschäftigten Personen, davon Mitglieder 16 132.

Zirka 55 Proz. der Verbandsmitglieder arbeiten zu tariflich geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Der Porzellanarbeiterverband steigerte seine Mitgliederzahl von 13 052 auf 16 743. Für Arbeitslosenunterstützung wurden 51 875 Mk., Krankenunterstützung 70 899 Mk., Streiks im eigenen Beruf 108 840 Mk. verausgabt. Das Verbandsvermögen belief sich auf 417 391 Mk., davon 384 464 Mk. in der Hauptkasse.

Der Verband der Töpfer steigerte seine Mitgliederzahl von 11 547 auf 12 175. Der Geschäftsbericht des Vorstandes berichtet über 87 Lohnbewegungen in 158 Orten und 617 Betrieben mit 3540 Beteiligten, davon 2710 Verbandsmitgliedern. Ohne Arbeitseinstellung wurden 64 Bewegungen in 108 Orten mit 554 Betrieben und 1492 Verbandsmitgliedern beendet. Angriffstreiks fanden statt in 13 Fällen. Erfolgreich waren 74 Bewegungen mit 2379 Beteiligten, teilweise erfolgreich 10 Bewegungen mit 320 Beteiligten; 3 Bewegungen mit 51 Beteiligten hatten keinen Erfolg. Erreicht wurde für 695 Mitglieder eine Arbeitszeitverkürzung von 2258 Stunden wöchentlich und für 1901 Mitglieder eine wöchentliche Lohnerhöhung von 4498 Mk. In 76 Fällen wurden Tarifverträge abgeschlossen für 1882 Mitglieder.

Die Finanzgebarung weist u. a. folgende Zahlen auf: An ordentlichen Wochenbeiträgen der Mitglieder wurden rund 400 000 Mk. vereinnahmt. Für Unterstützungen wurden 140 688 Mk. verausgabt. Davon entfielen auf Arbeitslosenunterstützung 10 382 Mk., Reiseunterstützung 11 463 Mk., Krankenunterstützung 61 497 Mk. und für eigene Streiks 31 504 Mk. Das Verbandsvermögen betrug 320 001 Mk., davon 308 799 Mk. in der Hauptkasse.

Die Glasarbeiter berichteten über ein an Kämpfen reiches Jahr. Ihre Mitgliederzahl stieg

von 15 742 auf 17 853. Die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen beliefen sich auf 380 560 Mk. Von den Ausgaben entfielen 49 559 Mk. auf Arbeitslosenunterstützung, 27 576 Mk. auf Krankenunterstützung und 84 922 Mk. auf eigene Streiks. Das Verbandsvermögen betrug 197 247 Mk., davon 164 323 Mk. in der Hauptkasse.

Sonstige Berufe.

Die Bureauangestellten konnten auch im Jahre 1911 weitere Fortschritte erzielen. Die Mitgliederzahl stieg um 815 auf 6598. Der Vorstandsbericht klagt über eine gleich große Fluktuation wie in den Vorjahren und ermahnt die Funktionäre der Ortsgruppen, dieser Erscheinung ihr Interesse zu widmen. Insbesondere wird eine systematisch organisierte Beitragseinkassierung empfohlen, damit verhütet wird, daß Mitglieder wegen zu großer Beitragsreste der Organisation verloren gehen. Immerhin muß für diesen Verband festgestellt werden, daß die Beitragszahlung der Mitglieder ziemlich regelmäßig geworden ist, denn es sind pro Mitglied im Jahresdurchschnitt 11 Monatsbeiträge geleistet worden. Die Jahreseinnahmen betrugen 107 545 Mk. Von den Ausgaben entfielen auf Krankenunterstützung 13 806 Mk., Arbeitslosenunterstützung 4614 Mk., Sterbegeld 3580 Mk. Der Vermögensbestand betrug 210 630 Mk., davon in der Hauptkasse 57 722 Mk. Dazu kommt noch ein Vermögen der vom Verbandsverbande gegründeten Pensionskasse, das 199 397,50 Mk. betrug.

Der Gemeindearbeiterverband steigerte seine Mitgliederzahl von 39 262 auf 47 376. In gleicher Weise entwickelte sich die Finanzgebarung. An Mitgliedsbeiträgen wurden 595 221 Mk. vereinnahmt. Von den Ausgaben entfielen auf Arbeitslosenunterstützung 22 722 Mk., Krankenunterstützung 174 581 Mk., Lohnbewegungen und Streiks 33 683 Mk. und auf Verbandsorgan 68 229 Mk. Der Vermögensbestand betrug 652 522 Mk., davon 415 445 Mk. in der Hauptkasse.

Der Verband der Zivilmusiker hat eine kleine Steigerung der Mitgliederzahl von 1827 auf 1909 aufzuweisen. An Mitgliedsbeiträgen vereinnahmte der Verband 36 667 Mk., die Ausgaben beliefen sich auf 23 781 Mk. Von den Ausgaben entfielen 4983 Mk. auf Unterstützungen, 1291 Mk. auf Bildungszwecke und 6150 Mk. auf Agitation. Der Kassenbestand betrug 43 972 Mk., davon 34 398 Mk. in der Hauptkasse.

Zum Schnapsbohott.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat folgenden Aufruf erlassen:

Arbeiter, meidet den Schnaps!

Vom Leipziger Parteitag, der im September 1909 stattgefunden hat, ist die folgende Resolution einstimmig angenommen worden:

Die von der agrarisch-kerikal-reaktionären Reichstagsmehrheit beschlossene Erhöhung der Branntweinsteuer bezweckt, einen großen Teil der durch die wahnfinnige Rüstungspolitik verursachten Einnahmen des Reichs den Schultern der Ärmsten aufzuerlegen. Zugleich soll durch die Aufrechterhaltung der Kontingentierungspolitik auch fernerhin dem Großgrundbesitz auf Kosten der Branntweintrinker ein jährlicher Extraprofit von über 50 Millionen Mark zugesichert werden. Um dieser verdreherischen

von den Stukkateuren 6,6 und von den Isolierern 11,8 Proz. arbeitslos.

Die Mitgliederzahl des Blumenarbeiterverbandes betrug am Schlusse des 1. Quartals 1108, der Kassenbestand der Hauptkasse 13 815 Mk.

Im Buchbinderverbande ist eine Statistik über die Feriengewährung aufgenommen, die ergibt, daß den Arbeitern im Buchbindergewerbe Ferien bisher in geringem Umfange gewährt werden. Allerdings hat nur eine Minderheit der Zweigvereine sich an der Statistik beteiligt, selbst eine so große Ortsverwaltung wie Berlin hat es nicht für nötig gehalten, einen Bericht einzusenden. Von den 47 Orten berichteten 7, daß keine Ferien üblich wären, während in den übrigen 40 Orten insgesamt 256 Betriebe ihrem Buchbinderpersonal oder einzelnen Personen derselben Ferien in irgendeiner Art gewähren. Ueber die Dauer der Ferien wird berichtet:

3 Betriebe je	2 Tage	3 Betriebe je	3-5 Tage
23	3	43	3-6
6	4	1	3-7
2	5	1	3-8
95	6	1	3-10
3	8	11	3-12
2	9	1	4-10
2	12	1	4-12
3	1-6	1	6-9
1	2-4	1	6-10
4	2-6	8	6-12
21	2-10	1	9-12

Ein weiterer Betrieb gewährt männlichen Personen nach 1 Jahr je 6 Tage, weiblichen nach 12 Jahren — 3 Tage; ein Betrieb alle 4 Jahre einmal 6 Tage; 9 Betriebe haben besondere Bestimmungen nicht getroffen, und aus 7 fehlen jedwede Angaben. Die außerordentlich vielen Differenzierungen machen es unmöglich, Beschäftigungsdauer und Feriendauer in Vergleich zu bringen. Festgestellt aber kann werden, daß die langjährige Beschäftigungsdauer nicht auch lange Feriendauer nach sich zieht. Im Gegenteil! 30 Betriebe geben mit einjähriger Karenzzeit zwischen 6 und 12-Tage Ferien, während die Betriebe, die 12- bis 25jährige Beschäftigung als Vorbedingung zum Ferienantritt ansehen, in keinem Falle länger als 6 Tage geben.

Der Verband der Friseurgehilfen zählte am Schlusse des ersten Quartals 2257 Mitglieder. Der Vermögensbestand betrug 21 434 Mk. Die Erwerbslosenunterstützung erforderte eine Ausgabe von 1832 Mk.

Der Lederarbeiterverband steigerte im ersten Quartal seine Mitgliederzahl um 82 auf 15 173. Für Arbeitslosenunterstützung wurden 25 198 Mk., Krankenunterstützung 19 888 Mk., Streiks 2102 Mk. verausgabt. Der Kassenbestand betrug 154 325 Mk., wozu 28 572 Mk. Bestände der Lokalkassen kommen.

Die Abrechnung des Malerverbandes für das erste Quartal ergibt eine Einnahme der Hauptkasse von 220 242 Mk. Die Ausgaben betrugen 222 108 Mk., davon für Krankenunterstützung 54 642 Mk.

Die „Schmiedezeitung“ beging am 2. Juli ihr 25jähriges Jubiläum. Am genannten Tage 1887 erschien zum ersten Male „Bruder Schmied“ unter der Redaktion des Genossen Fr. Theiß. Das Blatt wurde auch bis 1898 von

Theiß redigiert. 1903 wurde dann der Titel in „Schmiedezeitung“ umgewandelt.

Ueber die Branchenzugehörigkeit der Mitglieder des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen wird in der Fachzeitung eine Statistik veröffentlicht, der wir folgende Zahlen entnehmen:

Branche	Mitglieder
Serrenmakbranche	26 952
Uniform- und Lieferungs Schneiderei	1 670
Serren- und Knabenkonfektion	8 332
Konfektionszuschneider und -zuschneiderinnen	442
Damen Schneiderei	3 887
Damenkonfektion	2 853
Wäschezuschneider und -zuschneiderinnen	399
Wäschenäherinnen und -stämplerinnen	1 769
Wäscherinnen, Stärkerinnen u. Plätterinnen	1 289
Krawattenarbeiter und -arbeiterinnen	58
Korsettarbeiter und -arbeiterinnen	184
Wäschereiarbeiter und -arbeiterinnen	42
Ohne Angabe der Branche	608
Zusammen	48 485

Der Steinarbeiterverband zählte am Schlusse des ersten Quartals 28 640 Mitglieder. Die Einnahme betrug 126 302 Mk., die Ausgabe 91 121 Mk. Von den Ausgaben entfallen auf Agitation 11 200 Mk., Streiks 12 252 Mk., Krankenunterstützung 38 854 Mk. Das Verbandsvermögen betrug 807 347 Mk.

Der Töpferverband konnte am 1. Juli auf eine 20jährige Tätigkeit zurückblicken. Nach anfänglichen Schwierigkeiten hat sich dieser Verband in 20 Jahren zu einer unserer kampfesfähigsten Gewerkschaften emporgearbeitet.

Die Verschmelzung des Verbandes der Zigarrenfortierer mit dem Deutschen Tabakarbeiterverband ist am 1. Juli perfekt geworden. Am 30. Juni erschien die letzte Nummer des „Organisator“, Verbandsorgan der Sortierer, der einen lesenswerten Aufsatz über die wesentlichsten Begebenheiten in der Verbandsentwicklung brachte. Der Aufsatz schließt mit folgender Mahnung an die Mitglieder:

„An unseren Mitgliedern liegt es nun, sich in die neue Organisation, der sie jetzt angehören, so einzuleben, wie es im Sortiererverband der Fall war. Dann dürft ihr auch bald bei dem letzten Kollegen und der letzten Kollegin das Gefühl verschwinden, das man hat, wenn man etwas Langgewohntes, Liebgewordenes aufgeben muß. Es gilt, sich in dem neuen Heim so einzurichten, daß es uns bald ebenso vertraut ist wie das alte. Hierzu ist vor allem erforderlich energische Mitarbeit an allen gemeinschaftlichen Verbandsangelegenheiten sowohl als an den Angelegenheiten der eigenen Sektion. Wenn dies geschieht, dann werden auch sehr bald alle Ecken und Kantenn, die hier und dort vielleicht noch hervorschauen, abgeschliffen sein, und unsere Mitglieder werden die Erfahrung machen, daß ihre besonderen Interessen auch in dem allgemeinen Verbandsverbande gewahrt werden können und nicht zu leiden brauchen. Von diesem Geiste befeelt, wollen wir gemeinschaftlich uns der größeren Organisation anschließen, um dort mitzuwirken an der Verbesserung der Lage der gesamten Tabakarbeiter! Also nochmals, Kollegen und Kolleginnen, kein mißtrauisches, feiges Zurückschrecken auch nur eines einzelnen darf es geben, sondern unser Ruf muß sein: Der Verband der Zigarrenfortierer und Ristknebel Deutschlands ist nicht mehr, aber der Solidaritätsgedanke, der uns befeelt, lebt weiter in uns!“

Der Vorstand des Zimmererverbandes hat mit Rücksicht auf die im nächsten Frühjahr

bevorstehende Vertragsrevison und die vom Arbeitgeberbunde eifrig betriebenen Rüstungen beschloßen, einen Extrabeitrag zum Streifonds in der Höhe von 50 Pf. bis 3,10 Mk. pro Mitglied, je nach der Beitragsklasse, zu erheben.

Die Mitgliederzahl des Zimmererverbandes betrug am Schlusse des ersten Quartals 60 966. Das ist gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres eine Zunahme von 1646 Mitgliedern. Von den Ausgaben der Verbandskasse entfielen u. a. auf Streiks 21 394 Mk., Agitation 37 122 Mk., Arbeitslosenunterstützung 597 014 Mk., Reiseunterstützung 22 084 Mk. Das Verbandsvermögen betrug 2 676 008 Mk., davon 1 932 800 Mk. in der Hauptkasse.

Kongresse.

Achter Verbandstag der Transportarbeiter.

Breslau, 9.—16. Juni.

Am 1. Juli 1910 war bekanntlich die Einheitsorganisation der Hafnarbeiter, Seeleute und Transportarbeiter, beschlossen auf einem gemeinsamen außerordentlichen Verbandstage in Hamburg, perfekt geworden. Auf dem Verbandstage in Breslau, dem ersten ordentlichen der gemeinsamen Organisation, konnte seitens des Vorstandes unter allseitiger Zustimmung mit Genugtuung konstatiert werden, daß die auf die Einheitsorganisation gesetzten Hoffnungen nicht nur voll erfüllt wurden, sondern daß selbst die Erwartungen der Optimisten durch die tatsächlichen Erfolge übertroffen worden sind. Die Mitgliederzahl des Verbandes ist von 96 623 am 1. Januar 1910 auf rund 212 000 am 1. Juni 1912 gestiegen. In dieser Steigerung sind allerdings 23 716 überschriebene Mitglieder des Hafnarbeiter- und des Seemannsverbandes enthalten. Der weitaus größte Teil des Mitgliederertrages fällt auf die Zeit nach dem Zusammenschluß. Von der Einheitsorganisation wurden in den verfloßenen zwei Jahren 1 774 Lohnkämpfe für 152 000 Berufsangehörige geführt. Erzielt wurden für 132 200 Personen eine Lohnerhöhung von rund 14 Millionen Mark und für 35 600 Personen eine Verkürzung der Arbeitszeit. Für die Lohnbewegungen wurden 1 152 000 Mk. ausgegeben.

An Beiträgen wurden für 1910/11 6 169 683 Mk. vereinnahmt. Außerdem brachten die Mitglieder freiwillig 154 757 Mk. zur Erwerbung eines eigenen Heims auf. Die Verbandsmitglieder haben in Form von Unterstützungen die Summe von 2 289 927 Mk. zurückerhalten. Der Verband verfügte Ende 1911 über einen Kassenbestand von 1 845 000 Mk.

Auf dem Verbandstage waren die Mitglieder durch 186 Delegierte vertreten. Der Vorstand war durch sieben, die Redaktion durch ein Mitglied vertreten. Anwesend waren ferner noch der Vorsitzende des Verbandsausschusses, die Reichssektionsleiter und die Gaubevollmächtigten. Die Berichte des Verbandsvorstandes, -ausschusses und der Redaktion wurden mit allseitiger Befriedigung aufgenommen. An die Berichte knüpfte sich eine eingehende und sachliche Diskussion, die durch keinerlei persönliche Dinge getrübt wurde. Es konnte konstatiert werden: der Apparat der Einheitsorganisation arbeitet zum Wohle der Berufskollegenschaft exakt, einheitlich und kameradschaftlich. Das Augenmerk aller Funktionäre war darauf gerichtet, durch gegenseitiges kollegiales Entgegenkommen eine geschlossene und stets schlagfertige Organisation aufzubauen.

Den Geschäftsberichten folgten die Berichte vom Gewerkschafts- bzw. dem internationalen Transportarbeiterkongress, die zu Auseinandersetzungen ebenfalls keine Veranlassung gaben.

Dann folgte ein Referat des Redakteurs des „Seemann“, Müller, über die sozialpolitischen Aufgaben des Verbandes. Eine darauf bezügliche Resolution gelangte einstimmig zur Annahme. Wir entnehmen dieser die wichtigsten Sätze:

Die Generalforderungen der Berufskollegenschaft sind, abgesehen von dem unbeschränkten Koalitionsrecht:

1. eine durchgreifende und fortschrittliche Revision der geltenden Reichs- und Landesgesetze;
2. Beseitigung der Machtbefugnisse der Behörden, Ausnahmebestimmungen zu erlassen;
3. lückenlose Ausdehnung der Gewerbegerichtsbarkeit unter Einziehung von Berufsangehörigen als Zeugen;
4. die Regelung und Verkürzung der Arbeitszeit durch Anerkennung eines Normalarbeitstages;
5. ein Verbot bzw. die Einschränkung der Nacht-, Sonn- und Festtagsarbeit;
6. eine Erhöhung der Betriebssicherheit, d. h. erhöhter Schutz für Leben und Gesundheit durch Vermehrung der Arbeitskraft, Einführung moderner technischer, sanitärer und hygienischer Hilfsmittel;
7. die Einführung und Anerkennung der staatlichen Betriebskontrolle durch angestellte Inspektoren und Assistenten aus Arbeiterkreisen;
8. das Verbot des heutigen Kost- und Logiswesens, bzw. eine moderne Umgestaltung des Kost- und Logiswesens;
9. der weitgehendste Schutz für die weiblichen und jugendlichen Arbeiter unter Berücksichtigung ihrer physischen Leistungsfähigkeit und natürlichen Veranlagung;
10. die Anerkennung hinreichender Essenspausen, generelle Durchführung des 8 Uhr-Laden, 7 Uhr-Kontor- und Arbeitschlusses und Einführung des 6 Uhr-Postschalter- und Radschlusses;
11. Rücksichtnahme auf die Betriebssicherheit bei Einstellung fremdsprachiger Arbeiter und umfassende Maßnahmen zur Verhütung bzw. Einschränkung der Berufskrankheiten aller Art;
12. die staatlicherseits anzuerkennende Mitwirkung der Organisationsvertreter bei beruflich-statistischen Erhebungen und Enqueten, Ausarbeitung und Beachtung von Gesetzentwürfen, Erlassen und Verordnungen.

Für die einzelnen Branchen wurden Spezialforderungen außerdem programmatisch festgelegt.

Ueber das Koalitionsrecht der Transportarbeiter im Vorentwurf zum neuen Strafgesetzbuch hielt dann der Verbandsvorsitzende Schumann ein ausführliches Referat. Nach kurzer Diskussion wurde diesbezüglich folgende Resolution zum einstimmigen Beschluß erhoben:

„Der achte Verbandstag des Deutschen Transportarbeiterverbandes protestiert nachdrücklich gegen die Bestrebungen, den im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe zu Wasser und zu Lande beschäftigten Arbeitern und Angestellten das Recht der Koalition durch gesetzliche Bestimmungen oder auf dem Ordnungswege zu entziehen, bzw. eine Einschränkung dieses Rechtes herbeizuführen.“

Der Verbandstag fordert vielmehr Garantien dafür, daß die Ausübung und Betätigung des Koalitionsrechtes der in Frage kommenden Arbeiter und Angestellten gegen alle Hindernisse bzw. Unterbindungsversuche von Unternehmern und Behörden durch Schaffung entsprechender Strafbestimmungen sichergestellt wird.

Insbesondere protestiert der Verbandstag gegen alle Maßnahmen, den Arbeitern das wichtigste Korrelat des Koalitionsrechtes, das Recht der Kontrolle bei Arbeitseinstellungen zu beschneiden oder dasselbe zu beseitigen.

Der Verbandstag erblickt in dem diesbezüglichen Eingreifen der behördlichen Organe zugunsten des Unternehmertums einen flagranten Rechtsbruch. Er verlangt deshalb, daß auch das Recht der Kontrolle bei Arbeitseinstellungen den Arbeitern durch gesetzliche Bestimmungen ausdrücklich garan-

tiert und dessen Verletzung durch Schaffung entsprechender Strafbestimmungen geahndet wird.

Die Verbote, die von der preussischen Eisenbahnverwaltung in die Arbeitsordnung, genannt „Gemeinsame Bestimmungen für Arbeiten aller Dienstzweige der preussischen Staatsbahnverwaltung“ aufgenommen worden sind, stellen sich als der Ausfluß eines brutalen Unterdrückersystems und als eine folgenschwere Mißachtung der Reichsgesetze seitens der Eisenbahnverwaltungen dar, denn diese Verbote verstoßen gegen die Reichsverfassung und gegen das Reichsvereinsgesetz.

Der Verbandstag protestiert gegen diese Behinderung der in den staatlichen Transport- und Verkehrsanstalten tätigen Personen in der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte und in der Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen, die jeder gesetzlichen Grundlage entbehrt und dem Rechtsempfinden der Mehrzahl des Volkes ein Schlag ins Angesicht ist.

Der Verbandstag protestiert gegen die behördliche Insinuation, daß der Besuch einer Versammlung oder die Zugehörigkeit zum Deutschen Transportarbeiter-Verband unehrenhaft und mit der Stellung eines Staatsbediensteten unvereinbar sei. Der Deutsche Transportarbeiter-Verband steht auf gesetzlicher Grundlage und weder seine ideellen noch materiellen Bestrebungen sind staats- oder ordnungsfeindlich.

Die Delegierten des Verbandstages erklären, aus Anlaß solcher unerhörten behördlichen Gewalttate noch mehr als bisher aufklärend unter den Arbeitern und Bediensteten der Staatseisenbahnen zu wirken und sie dem Deutschen Transportarbeiter-Verband als Mitglieder zuzuführen.

Die Statutenberatungskommission war schon zwei Tage vor dem Verbandstage zusammengetreten und konnte so ihre Arbeiten in aller Ruhe erledigen. Auf Antrag dieser Kommission wurden alle Anträge auf Erhöhung der Beiträge resp. des Eintrittsgeldes abgelehnt.

Die wichtigsten Änderungen am Unterstützungswesen bestehen in einer Beschränkung der Erwerbslosenunterstützung, die in Zukunft nur einmal innerhalb 60 aufeinanderfolgender Wochen in Höhe des für die betreffende Beitragsleistung vorgesehenen Betrages bezogen werden kann, anstatt bisher innerhalb 52 Wochen.

Als Gegenleistung für diese Einschränkung wurden die Streifunterstützungssätze für vollberechtigte Mitglieder in jeder Klasse um eine Mark pro Woche erhöht. Einige geringfügige Änderungen erfahren noch die Reise-, Sterbe-, Gemafregelten- und Notfallunterstützungen.

Der Gaubeitrag der Ortsverwaltungen wird pro Quartal und Mitglied von 5 auf 10 Pf. erhöht.

Bei den Bestimmungen über die Delegiertenwahl zu den Verbandstagen wurde beschlossen, daß anstatt wie bisher auf 800 in Zukunft auf 1000 Mitglieder ein Delegierter entfällt; für Mitgliedschaften über 5000 Mitglieder für je weitere 2000 Mitglieder ein weiterer Delegierter; die bisherige Höchstzahl von 25 Delegierten bleibt bestehen.

Einige Anträge zur Schaffung einer Inhaftierten- und Amzugsunterstützung wurden abgelehnt, weil es nicht angeht, ohne Beitragserhöhung noch besondere neue Unterstützungen einzuführen. Andere Anträge, die sich auf Angelegenheiten der allgemeinen deutschen Gewerkschaftskongresse beziehen, wurden dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Dasselbe geschah mit allen Anträgen, die sich auf Gauangelegenheiten, die Abhaltung besonderer Branchenkongresse und die Reglements zu den Unterstützungsabteilungen beziehen.

Zum Ergänzungsstatut für die Gruppe Binnenschiffer und Seeleute wurden folgende zwei Anträge angenommen: I. Zu Absatz a: „Die Binnenschiffer und Flößer zahlen den Beitrag der Klasse 1 für 52 Wochen.“ Die Arbeitslosenunterstützung tritt für die Monate Januar und Februar außer Kraft.“

Ein Antrag, Erhebungen über die Löhne und Arbeitsbedingungen der Mehlkutscher in den Großstädten vorzunehmen, und ein weiterer Antrag, in größeren Städten eigene Branchen für Fahrstuhlführer und Portiers zu bilden, wurde dem Vorstand überwiesen.

Auf Vorschlag der Statutenberatungskommission wird ohne Debatte und fast einstimmig beschlossen, angesichts der herrschenden Teuerung sämtlichen Angestellten eine Erhöhung ihrer Gehälter um 10 Proz. zu bewilligen. Ferner wird der Ortszuschlag für die in Groß-Berlin domizilierenden Beamten von 180 auf 240 Mk. pro Jahr erhöht. Bei Inkrafttreten des Versicherungsgesetzes für die Privatangestellten übernimmt der Verband die vollen Beiträge für seine Angestellten bei dieser Versicherung, wogegen die Angestellten dann die vollen Beiträge für die Unterstützungsvereinigung zu zahlen haben.

Zum internationalen Transportarbeiterkongress 1913 in London wurden 6, zum nächsten Deutschen Gewerkschaftskongress 25 Delegierte gewählt. Der Verbandsvorstand, der Redakteur und der Ausschußvorsitzende wurden einstimmig wiedergewählt. Der nächste Verbandstag findet 1914 in Köln a. Rh. statt.

Lohnbewegungen und Streiks.

Englands zweiter Transportarbeiterstreik.

Englands Arbeiterbewegung macht eine eigenartige Entwicklung durch. Ständen sonst die skilled Labourers, die gelernten Berufsarbeiter, im Vordergrund der wirtschaftlichen Aktionen, so sind es jetzt die unskilled, die ungelerten Arbeiter, die in den letzten Jahren, besonders im Transport- und Verkehrsgewerbe, ihre traurige Lage zu verbessern suchten. Tatsächlich wird das Gros der ungelerten Arbeiter in England schlecht bezahlt und infolgedessen stehen sie geistig auf einer verhältnismäßig niedrigen Stufe. Diese Wahrnehmung drängt sich einem überall in England auf, wo man auch mit Durchschnittsarbeitern in Berührung kommt, erst recht, wenn man Vergleiche zieht zwischen unserem und ihrem gewerkschaftlichen und politischen Leben. War man bisher ein eifriger Bewunderer des englischen Organisationswesens, so muß man doch anderer Ansicht werden, wenn man sich die inneren Einrichtungen einmal genauer ansieht. In den meisten Organisationen ist alles sehr primitiv und unvollkommen, wenigstens in den Augen eines deutschen Gewerkschafters, da wir in Deutschland unter dem centralistischen System viel Vollkommeneres geschaffen haben. Es fehlt auch an dem nötigen Weitblick. Die meisten Führer unter ihnen sehen kaum über den engen Wirkungskreis ihrer eigenen Betätigung hinaus. Während bei uns in Deutschland die großen Massen der Proletariat durch ihre eigene Presse, gewerkschaftliche wie politische, mit allen Vorgängen im Organisations- und Wirtschaftsleben, in der Politik usw. bekannt gemacht werden, nationalen wie auch internationalen, so bleiben in England die großen Massen davon unberührt, da sie kaum eine der Aufklärung dienende Gewerkschafts- und erst die ersten Anfänge einer proletarischen Tagespresse haben. Sie merken deshalb kaum die Ursachen der heutigen Gärung.

Zweifellos liegen die Ursachen erstens in einer durch die frühere zünftlerische Abschließung der englischen Gewerkschaften hervorgerufenen Reaktion, die ihren Ausdruck in dem Industrie-Unionismus und

in dem von dem Anarchisten Tom Mann propagierten Industrie-Syndikalismus findet; zweitens in dem Stillstand des englischen Wirtschaftslebens, welcher unter den infolge der schlechten Entlohnung, der langen Arbeitszeit und der Zwangseinrichtungen der Shipping Federation, Eisenbahn- und Bergwerksgewaltigen zermürbten Massen eine Stimmung geschaffen hat, die nicht mehr zurückzudämmen war und sich schließlich in der großen Bewegung vom Juli/August im vergangenen und der im laufenden Jahre Luft machte. Diese Stimmung hielt auch die Massen zusammen und ehemals für die Organisation unerreichbare Arbeitergruppen, die unter den Zwangseinrichtungen der Arbeitgeber standen und sogar als internationale Streikbrechertuppen während der großen Streiks in Hamburg, Rotterdam und Antwerpen verwandt wurden, schüttelten das eiserne Joch ab und traten in die Reihen der Organisierten.

Der letzte große Kampf im vergangenen Jahre brachte für die beteiligten Arbeitermassen nicht die gewünschten Verbesserungen. Es gab wohl Lohnaufbesserungen, eine Arbeitszeitverkürzung, die teilweise Anerkennung der Organisationen, Verhandlungen über Verhandlungen, meistens unter Vorherrschaft des Herrn Asquith, dem staatlich ernannten Friedensmacher, aber die Arbeitgeber versuchten immer wieder, die Vereinbarungen auf ihre Art auszulegen. Die Folgen waren dann Kämpfe wie die in Glasgow und Manchester im Frühjahr dieses Jahres. Auch in London herrschte große Unzufriedenheit über die Einhaltung der Vereinbarungen unter den Arbeitern, die sich jetzt durch einen ganz geringfügigen Umstand, durch die Weigerung eines gewissen Arbeiters, der Organisation beizutreten, in einem zweiten Niesenstreik Luft machte.

Einschließlich der 7 Eisenbahnerorganisationen gibt es nicht weniger denn 66 Organisationen im Transportgewerbe, mehr als wir in Deutschland überhaupt Gewerkschaften haben, die teils reine Berufsorganisationen, teils mit außerhalb des Transportgewerbes stehenden Arbeitern gemischt sind. Viele unter ihnen sind allgemeine Arbeiterverbände und nehmen als solche Arbeiter aller Berufsarten auf. Sie kommen aus dem ewigen Grenzstreitigkeiten gar nicht heraus. Unsere Grenzstreitigkeiten sind dagegen die reinen Friedensveranstaltungen und das will doch schon etwas sagen. Als die Mitgliedermauererei schließlich gar zu arg wurde, kam man dahin überein, sich auf einer gemeinschaftlichen Konferenz zu verständigen. Diese Konferenz wurde 1905 in London abgehalten. Als Schreiber dieses hatte ich das große Vergnügen, daran teilzunehmen und gewann so den ersten Eindruck von einer „stürmischen“ englischen Konferenz, welche, da sie von 13 Organisationen besetzt war und jede ihren Bestehenden mit großer Fähigkeit verteidigte, durchaus keinen friedlichen Charakter tragen konnte. Schließlich kam man zu einer Verständigung, faßte eine Resolution, genau so wie bei uns in Deutschland, ging nach Hause und betrieb das alte Gewerbe weiter, natürlich nicht mehr so offen, sondern schon etwas vorsichtiger. Ich bekam den Auftrag mit, etwaige in Deutschland bestehende Kartellverträge zu übermitteln, damit man sich diese zum Vorbild nehmen konnte. Diesem Auftrag kam ich mit großem Eifer nach, aber ich muß sagen, große Freude haben unsere englischen Freunde an den Kartellverträgen „Made in Germany“ nicht gehabt, so daß mir zur Gewißheit wurde, daß etwas, was in Deutschland unter Umständen gute Resultate zeitigen kann (siehe Zusammenschluß der Hafenarbeiter, Seeleute und

Transportarbeiter), in England noch nicht einmal als Notbehelf ausreicht. Schließlich hat sich dieser „Council of National Labourer Unions“ im Herbst vergangenen Jahres zu einer Federation zusammengeschlossen, welches ungefähr einem Kartellvertrag zwischen verschiedenen Organisationen in Deutschland gleichkommt. Vor dem letzten Schritt, dem Zusammenschluß aller dieser verschiedenen Berufsgruppen in eine Einheitsorganisation, zuckte man ängstlich zurück. Eine Federation im Transportgewerbe hatte man nun geschaffen und zwar für die Organisationen der allzu gemischten Berufsgruppen. Nun galt es noch eine Federation zu schaffen, nämlich für die Organisationen, die mehr einen rein beruflichen Charakter trugen. Die Anregungen hierzu wurden durch den Zusammenschluß der deutschen Transportarbeiterorganisationen gegeben. Ende 1910 trat die Nationale Federation der Transportarbeiter Englands auf den Plan, gerade früh genug, um den im Juni 1911 ausbrechenden Kampf, der von den Seeleuten ausging und schließlich alle Hafen-, Transportarbeiter- und Eisenbahner mitriß, in organisatorischer Weise durchzuführen. Es war die erste von den Verhältnissen gewollt am ergünstigsten Einheitsaktion der noch jungen Federation. Funktionierte der Apparat auch noch schlecht genug, als eine Folge der mangelhaften und primitiven administrativen Einrichtungen in den verschiedenen in Betracht kommenden Organisationen, so konnte man doch mit dem Verlauf und dem Resultat des Kampfes vorläufig zufrieden sein. Es waren Tage der Aufregung und körperlicher und seelischer Zerrüttung für die leitenden Personen.

Nach dem Kampfe wurde die Federation, die einen ganz erheblichen Mitgliederzuwachs erhalten hatte, innerlich gefestigt und erweitert. Organisationen, die kaum mit dem Transportgewerbe in Verbindung gebracht werden konnten, auch solche, die beinahe im Verborgenen vegetierten und nur infolge ihrer niedrigen Beiträge existieren konnten, ersuchten um Aufnahme in die Federation. Eine sorgfältige Auswahl fand statt und im übrigen wurde der Anschluß an bestehende Verbände empfohlen. Heute gehören der Nationalen Federation der Transportarbeiter folgende Verbände an:

	Mitglieder
1. Nationaler Arbeiterverband	3 500
2. Nationaler Verband der Maschinisten und Heizer	3 000
3. Nationaler Verband der Arbeiter	7 000
4. Nationaler Matrosen- u. Heizerverband	40 000
5. Nationaler Verband der Schiffwerks	1 500
6. Nationaler Hafenarbeiterverband (Liverpool)	30 000
7. Verband der Stewards, Köche usw.	10 000
8. Vereinigter Bund von Arbeitern in London	4 000
9. Verband der Kesselreiniger	500
10. Fährleute u. Träger am Oberen Mersey	1 500
11. Verband der Fährleute am Weaver	500
12. Schutzverband der Kranmaschinisten	1 500
13. Schutzverband der Schauerleute in London	8 000
14. Verband der Leichterleute auf der Themse	8 000
15. Verband der Hafenarbeiter und Arbeiter der Kais und Speichereien (Sitz London)	40 000
16. Gasarbeiter- und allgemeiner Arbeiterverband	30 000

	Mitglieder
17. Allgemeine Arbeiter-Union	200
18. Arbeiter-Schutz-Liga	6 000
19. Verband der Arbeiter an den Kohlen- hebern in Liverpool-Süd	350
20. Fuhrleuteverband in London	30 000
21. Verband der Rigger in London	100
22. Schifferverband auf dem Mersey und Manchester-Kanal	200
23. Mersey Kai- und Eisenbahnfuhrleute in Liverpool	5 500
24. Verband der Seeleute u. Heizer in Hull	1 000
25. Schottischer Hafenarbeiterverband	8 000
26. Verband der Speicherarbeiter in Liver- pool	3 000
27. Vereinigter Fuhrleuteverband von Eng- land	6 720
Summa	250 070

Diese 250 070 Mitglieder stellen die Gesamtmitgliedschaft der angeschlossenen Organisationen dar, aber nur 196 493 von diesen sind als Arbeiter im Transportgewerbe zu Wasser und zu Lande beschäftigt, während die übrigen Arbeiter aus allen möglichen Berufen, sogenannte General Labourers sind. Der Nationalen Transportarbeiter-Federation sind diese 27 Organisationen also in Wirklichkeit mit nur 196 493 Mitgliedern angeschlossen.

An der Spitze der Federation steht ein Ausschuß, der über alle Fragen zu beraten und zu entscheiden hat. Sehr wichtige Fragen kommen vor den erweiterten Ausschuß, der von Zeit zu Zeit einberufen wird. Gosling, Anderson, Tillet, Thorne und andere bekannte Arbeiterführer stehen an der Spitze der Federation. Diese Personen genießen das unbedingte Vertrauen der Mitglieder, besonders der schon ergraute Präsident Gosling, der in seiner ruhigen und bescheidenen Weise, aber auch durch sein energisches Auftreten, wenn es gilt die Interessen der Federation zu vertreten, eine sehr sympathische Erscheinung ist. Der Zusammenhang in der Federation wird durch eine Federationskarte hergestellt, die einem jeden Mitgliede ausgehändigt und am Schlusse eines jeden Quartals gegen eine andersfarbige ausgewechselt wird. Jeden ersten Montag im Monat wird eine allgemeine Kontrolle in ganz England vorgenommen, ob auch alle Arbeiter im Transportgewerbe im Besitze einer solchen Karte sind, wenn nicht, werden sie zum Beitritt in die Organisation aufgefordert. Die Kontrolle wird von den Gewerkschaftsangestellten und Vertrauensleuten vorgenommen und erstreckt sich auf alle Mitglieder der Federation, einerlei, welcher Organisation in der Federation der Kontrollierende auch angehört. Dieses System hat zu unzähligen scharfen Zusammenstößen mit den Unorganisierten geführt.

Nach der Beendigung des Streiks in 1911 kam es in einzelnen Hafensplätzen wiederum zu lokalen Ausständen, meistens infolge von Mißverständnissen in der Auslegung der Vereinbarungen, so der Hafensarbeiter in Greenock und an den Eastend Docks in London, der Fuhrleute in Liverpool, der Hafensarbeiter in Glasgow und Manchester, der Hafensarbeiter in London an den Schiffen, die zwischen Elbe und West fahren (Short Sea Traders), der Fuhrleute von Gays Wharf in London, der Hafensarbeiter in Newport, der Hafensarbeiter und Seeleute in London wegen der Tallyleute, der Kanalschiffer und des Schleppdampferpersonals in London. Dann setzte nach dem Untergang des „Titanic“ eine lebhaftere Bewegung bei den Seeleuten in Liverpool, Southampton

und London ein. Gefordert wurde eine bessere Besatzungsliste und bessere Ausrüstung der Schiffe mit Rettungsmitteln. Es kam in den drei genannten Orten zum Streik. In Liverpool und Southampton kam es zu einer Verständigung, dagegen wurde die Bewegung bei der Peninsular Line in London auf den Rat der Exekutive der Federation abgebrochen. Wie man aus dieser Aufstellung sieht, brodelte es überall unter der Oberfläche; schon der geringste Zusammenstoß mit den Unorganisierten führte zu Arbeitseinstellungen. Überall forderte man den closed shop, das heißt, nur Organisierte sollten beschäftigt werden, nur solche, die im Besitze einer Federationskarte oder eines Unionknopfes waren.

Diese Forderung war in London die Ursache des jetzigen Streiks.

Ein 61jähriger Bootswächter namens Thomas, beschäftigt bei der Mercantile Lighterage Company, weigerte sich, der Gewerkschaftsorganisation beizutreten, da er als Mitglied der Vorleute- und Vorarbeiterorganisation im Leichterbetrieb angehörte, obgleich er seit zwei Jahren kein Vorkmann mehr war, aber — er hatte die Organisation mit gegründet. Auf seine Weigerung hin erklärten die übrigen Leichtermänner, daß sie dann nicht mehr mit ihm zusammenarbeiten könnten, legten die Arbeit nieder und verhängten den Boykott über die Firma. Der Boykott zog immer weitere Kreise der Leichtermänner und auch Hafensarbeiter in die Bewegung hinein, da alle sich entschieden weigerten, die Güter der genannten Firma zu bearbeiten. Darauf folgten Maßregelungen über Maßregelungen und schließlich erklärte die Gewerkschaftsorganisation den Ausstand, ohne auch nur den Versuch zu machen, wie es ihre Vereinbarungen vorschrieben, diesen Streitfall vor der Association of Master Lightermen and Bargeowners (Arbeitgeber) zur Entscheidung zu bringen.

Wohl kein Mensch dachte zunächst daran, daß der Streik der Leichtermänner auch auf andere verwandte Berufe überspringen würde, am wenigsten glaubte dieses die Leitung der Federation, die noch kurz vorher die von der Seemanns-Union begonnene Bewegung bei der Peninsular Line auf Beschluß abbrechen ließ, da sie befürchtete, daß diese Bewegung leicht einen großen Umfang annehmen konnte. Der Augenblick hierfür schien noch günstig. Geplant war eine Aktion in London für diesen Sommer und man hatte auch schon über die aufzustellenden Forderungen beraten. Die Führer hatten aber nicht mit der Streiklust der Massen gerechnet. Der schnelle Erfolg im Vorjahre hatte die Massen zu siegesbewußt gemacht und sie glaubten, wenn eine Gruppe in den Streik trat, dann hätten sie alle für einen einzutreten, ohne Rücksicht auf bestehende Tarifverträge oder sonstige Vereinbarungen. Alle partiellen Streiks mußten nach ihrer Meinung sofort in alles umfassende Sympathiestreiks übergehen, da nur auf diese Weise den mächtigen Hafensproben und der Shipping Federation beizukommen sei. Getreu dieser Taktik traten denn auch die Mehrzahl aller Hafensarbeiter und alle Schauerleute in den Sympathiestreik. Nicht alle folgten sofort in den Streik, so nicht die beim Port of London Authority beschäftigten Hafensarbeiter, ferner nicht die Fuhrleute, aber schließlich legten doch alle die Arbeit nieder.

Das Streikcomité vom Londoner Distrikt faßte nun folgende Resolution:

„Diese am 24. Juni stattgefundene Zusammenkunft des Londoner Distrikt-Streikcomités beschließt hiermit, daß keine Branche der angeschlossenen Organisationen an die Arbeit zurückkehren darf, bevor nicht alle Forderungen zufriedenstellend erledigt sind.“

Eine solche Resolution trägt den Todeskeim für einen Sympathiestreik bereits in sich. Auch sei dem noch hinzugefügt, daß die Taktik im wirtschaftlichen Kampf, entweder alle im Streik oder gar nicht, nicht allzubiele Bewunderer findet, höchstens nur noch bei den Syndikalisten.

Zu Beginn des Sympathiestreiks aller Londoner Hafentarbeiter wurden die unglaublichen Ziffern in den Tageszeitungen publiziert. Man las von 100 000 bis 140 000 Streikende. In Wirklichkeit befinden sich 17 Organisationen mit rund 56 000 Mann im Streik. Davon sind 10 000 Fuhrleute, 1000 Seeleute, 400 Kranführer, 6000 Leichterleute, mehrere Tausend von den Schiffswerften und Reparaturanstalten, und 36 000 verteilen sich auf alle Branchen im Hafensbetrieb einschließlich Kais und Speichereien. Die Lohnverhältnisse im Londoner Hafen sind innerhalb derselben Branchen nicht überall gleich. Es herrschen die verschiedensten Abstufungen vor und waren die Ursache vieler Unzuträglichkeiten, besonders, wenn hierbei Arbeitgeber beteiligt waren, die absichtlich die Vereinbarungen umgingen oder auf ihre Weise auslegten. Die Forderungen waren folgende:

1. Ausschluß aller Nichtorganisierten vom Hafen.
2. Einheitliche Lohnsätze für alle Schiffsarbeit.
3. Anerkennung der Federation der Transportarbeiter.
4. Tagesarbeit ist für alle Hafentarbeiter, Leichterleute, Stevedores und allgemeine Schiffsarbeiter mit 10 Pence (80 Pf.) per Stunde, Ueberstunden mit 1 Schilling 2 Pence (1,15 Mk.) im ganzen Hafen zu bezahlen.
5. Doppelte Zeit für alle Sonntags- und Festtagsarbeit.
6. Arbeitszeit soll sein von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends und ein Minimumlohn im Londoner Hafen von 7 Schilling 6 Pence (7,50 Mk.) per Tag.
7. Arbeiter bei den Wochendampfern (Short Sea Traders) sollen dieselbe Bezahlung erhalten wie diejenigen an den Ueberseedampfern.
8. Fuhrleute fordern eine Lohnerhöhung und eine 60stündige Arbeitswoche (jetzt durchschnittlich 30 Schilling [30 Mk.] und 72 Arbeitsstunden per Woche).
9. Seeleute und Stewards fordern 10 Schilling (10 Mk.) mehr pro Monat.

Nicht allein die Forderung des closed shop war die Ursache des Streiks, in der Hauptsache lagen doch Lohnstreitigkeiten vor, hervorgerufen durch Arbeitgeber, die keiner Arbeitgeberorganisation angehörten und sich insolgedessen auch nicht an die Vereinbarungen gebunden glaubten.

Die Regierung ordnete eine Untersuchung über die Ursachen des Streiks an und beauftragte damit Sir Edward Clarke. Es fanden Verhöre der Arbeitgeber und Arbeitnehmer statt, die als Ursachen das ergaben, was hier bereits ausgeführt wurde. Sir Edward Clarke faßte das Verhör in 7 Punkte zusammen, wovon er 5 zugunsten der Arbeiter und nur 2 für die Arbeitgeber entschied.

1. Ist die Beschäftigung von Unorganisierten ein Bruch der Uebereinkunft vom 15. August 1911? Antwort: Nein! (Gegen die Arbeiter.)

2. Ist es ein Bruch der Uebereinkunft vom 23. August 1911, daß an den Wochendampfern weniger bezahlt wird? Antwort: Nein! (Gegen die Arbeiter.)

3. War die Weigerung der Vereinigung der Base im Leichterbetrieb, mit der Arbeiterorganisation über die Löhne und Arbeitszeit des Schleppbootpersonals zu verhandeln, berechtigt? Antwort: Nein! (Gegen die Arbeitgeber.)

4. Verletzung des Uebereinkommens durch die Ewerführerbase. (Gegen die Arbeitgeber.)

5. Weigerung gewisser Arbeitgeber, um die Löhne, durch Sir Albert Kollit festgesetzt, zu bezahlen. (Gegen die Arbeitgeber.)

6. Weigerung eines Fuhrwerksbesizers, nach der Uebereinkunft zu bezahlen. (Gegen die Arbeitgeber.)

7. Dieser Punkt ist von keiner Bedeutung.

Sir Edward Clarke konstatierte also, daß die Arbeitgeber wiederholt den Lohnarif gebrochen haben und nicht mit den Arbeitern verhandeln wollten. Auf Grund dieser Entscheidung glaubte nun die Regierung den Streikenden und den Arbeitgebern vorzuschlagen, die strittigen Punkte einem Schiedsgericht zu unterbreiten, und ersuchte die Arbeiter um die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit. Die Streikenden bestanden auf den closed shop im Londoner Hafen, die Arbeitgeber lehnten jede Verhandlung ab, da nach der Entscheidung des Herrn Clarke die Arbeiter das Uebereinkommen gebrochen hätten, indem sie einen „ungefährlichen“ Streik proklamierten. Die Vermittlungseruche der Regierung scheiterten also. Die Regierung versuchte nun die Lebensmittelzufuhr für London sicherzustellen. Riesige Fleischtransporte aus dem Hafen wurden in Begleitung von Polizei den Fleischmärkten Londons zugeführt. Auch stellte sie den Arbeitgebern zur Bewachung des Hafens eine größere Zahl Polizeimannschaften zur Verfügung. Sie duldete aber nicht, daß die Arbeitgeber ein Streikbrecher-Schiff in den Hafen brachten, da sie gewillt war, sich in diesem Kampfe neutral zu verhalten.

Die Starrköpfigkeit der Arbeitgeber trieb nun die Streikleitung zu weiteren Maßnahmen. Es tauchte die Idee eines internationalen Boykotts aller von London kommenden Schiffe und die Ausbreitung des Sympathiestreiks auf alle Hafensplätze in England auf. Bezüglich eines internationalen Boykotts entschied die hierfür in Frage kommende Leitung der Internationalen Transportarbeiter-Federation, nach Rücksprache mit den Organisationen aller in Betracht kommenden Länder, daß ein Boykott zurzeit nicht durchführbar sei. Die Frage des internationalen Sympathiestreiks wurde auf dem im Juni in London stattgefundenen Jahreskongreß der Transportarbeiter-Federation diskutiert. Die Meinungen waren sehr geteilt, und es war keine rechte Stimmung dafür vorhanden, weil die meisten Organisationen in der Provinz mit Tarifverträgen zu rechnen hatten, die sie nicht gewillt waren, so leichter Hand zu brechen. Schließlich nahm man von einer sofortigen Streiterklärung Abstand und überließ die Frage, ob Streik oder nicht, den Exekutiv-Comités der angeschlossenen Organisationen zur Entscheidung. Ein nationaler Sympathiestreik war also in sehr gefährliche Nähe gerückt. Das veranlaßte nun die Labour Party und die Regierung, alles aufzubieten, um noch einen Weg der Verständigung zu finden, damit der nationale Streik vermieden werden konnte. Nach mehreren Aussprachen zwischen Strei-